

**p.s.**

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG  
NR. 14 / 14. APRIL 23

## Heraus zum 1. Mai!

Inserate für die redaktionelle Sonderbeilage vom Freitag, 28. April können noch bis zum Mittwoch, 19. April in Auftrag gegeben werden.

[pszeitung.ch/inserieren](https://pszeitung.ch/inserieren)



AKTIVISMUS

# Wald: besetzt, Gemeinde: genervt, Ultimatum: gestellt

SEITE 3

Bild: Sergio Scaglione

IM GESPRÄCH

**Ohne Nachhaltigkeit hat die Gastro keine Zukunft**

S.10 - 11

FORUM

**Die Linke und der Krieg – die Debatte geht weiter**

S.12 - 13

«FOUDRE»

**Doktrin von Gottesfurcht**

S.15

## Spaziersaison

Der Verein Frauenstadtrundgang Zürich eröffnet die wissensgetriebene Spaziersaison und ergänzt mit seinem Blickwinkel auf die Frauen die aktuell vom Stadthaus her in die gesamte Stadt ausstrahlende Ausstellung «Blinde Flecken» (bis 15.6.). Der neue Rundgang «Frauen und Kolonialismus» macht sich auf die Suche nach Spuren und begegnet Komplizinnen wie Leidtragenden und weist darauf hin, dass die Positionen nicht immer einfach voneinander abgrenzbar sind. Vorgestellt



(Foto: Wikicommons)

werden Lebenswelten von Missionarinnen und Ehefrauen von Pflanzern in «Übersee». Gesucht wird nach Beispielen kolonialer Bilder in den Aussenräumen, die in stereotypisierter «Exotik» den Einzug von Warenrassismus beförderten. Nicht

zuletzt führt die Spurensuche auch nach Zeugnissen, wie und wie weit die politische und gesellschaftliche Lage im globalen Süden Einfluss auf die Zürcher Frauen genommen hat. *froh.*

Rundgang: **«Frauen und Kolonialismus»**, Sa, 15.4., 16.15h, Treffpunkt Beatenplatz Zürich. [www.frauenstadtrundgangzuerich.ch](http://www.frauenstadtrundgangzuerich.ch)

## Wespennest

Für Wirbel sorgte das neuste Buch von Emilia Rogg bereits vor Erscheinen. «Das Ende der Ehe» (Ullstein Verlag 2023, 384 S., ca. 35.90 Fr.) fokussiert auf die heterosexuell konnotierte, zivile Institution und meint dezidiert nicht den Einzelfall. Für sie basiert die Ehe auf Ungleichheit, die Frauen in finanzieller Abhängigkeit behält. Sie



normiert Beziehungen und Familie, kontrolliert Besitz, Sexualität und die Arbeitskraft. Die Ehe strukturiert über die Paarbeziehung hinaus den Staat, die Wirtschaft und die Kultur und zementiert dort eine patriarchale, binäre Logik, was Be-

strebungen in Richtung einer hierarchiefreien Gesellschaft zuwiderläuft. Ergo meint der Titel weit mehr Veränderung, als er auf Anhub zu erkennen gibt. Je nach Quelle wird ihr Buch als überaus treffliche und mutige Analyse gelobt oder im exakten Gegenteil als Karikatur eines gesellschaftskritischen Essays diffamiert. *froh.*

Emilia Roig: **«Das Ende der Ehe»**, Di, 18.4., 20h, Kaufleuten, Zürich.

## Kutscherbock

Hanspeter Müller-Drossaart nähert sich in seinem dritten Solostück «Ggrell, eine Zeitreise» seinem eigenen, bereits 1923 verstorbenen Grossvater. Persönlich hatte er in demzufolge nicht gekannt. Joseph Gottlieb Müller oder landläufig dr Bergbaschi Sepp war Touristenkutscher in Obwalden. Geschickt im Umgang mit den Pferden, in Liebsdingen vielmehr ungenlenk, hatte er auf seinem Kutscherbock Aussicht auf sämtliche bedeutenden



(Foto: Bernhard Fuchs/Archiv)

Ereignisse an der Schwelle ins 20. Jahrhundert. Menschliche Grosstaten wie den Bau des Gotthardtunnels und menschliche Abgründe wie die Schlachtereie in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges verknüpft Müller-Drossaart mal belegt, mal freihändig ergänzt mit der Vorstellung eines Lebens in dieser Zeit. Für die historische Recherche erhielt er Sukkurs vom eigenen Bruder, dem Ahnenforscher Eduard Müller, und der Bibliothekarin Pia Ryser-von Matt. *froh.*

**«Ggrell, eine Zeitreise»**, Mi, 19.4. bis Fr, 21.4., 20h, Theater Ticino, Wädenswil.

## «Chronik der Zukunft»

Der Untertitel einer literarischen Aufarbeitung der unfassbaren Katastrophe des atomaren Super-GAUs in Tschernobyl durch die Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch lässt alles damit zusammenhängende existenziell Überwältigende erahnen. Für eine auch emotionale Nahbarkeit sorgt das Spiel von Kornelia Lüdorff in ihrem darauf basierenden Monolog. «tschernobyl/my love» in der Regie von Annina Dullin-Witschi beschreibt den beherzten Kampf gegen die Verzweiflung, die trickreiche Überlistung der Technokratie, die Unbedingtheit einer Menschenliebe, aber auch

die Symptome eines zerfallenden Körpers und die unausgesprochene gemeinsame Bereitschaft, sich mental bis zum Schluss zu stützen. Und: Das Stück ist überaus zärtlich darin, den Kampf einer Löwin



(Foto: Robert Aeberhard)

gegen einen unsichtbaren und übermächtigen Gegner zu zeigen, dessen Wirkmacht sich in der leisen Ahnung bis zur Gewissheit vorwärtsfrisst. *froh.*

**«tschernobyl/my love»**, Do, 20. Bis Do, 27.4., 19h, Sogar Theater, Zürich.

## Antikriegssatire

An sich gehörte dieser Hinweis erst in die Zeitung von nächster Woche, aber weil Hinweise auf ausverkaufte Veranstaltungen so überhaupt keinen Sinn ergeben und die Kombination aus Begrenztheit der Örtlichkeit und Beliebtheit der auftretenden Künstler es wahrscheinlich erscheinen lässt, dass sich selbiger in einer Woche von selbst erübrigt haben würde, folgt er hier: Die Tiger Lillies



(Foto: Andrey Kezzin)

kommen! Mit im Gepäck haben sie eine in Dauer und personellem Aufwand tourneetauglich gemachte Anlehnung an die monumentale Kriegsabrechnung von Karl Kraus' «Die letzten Tage der Menschheit». Seine Reaktion auf die Gräueltaten des Ersten Weltkrieges, das in seiner überwältigenden Gänge von 220 aneinandergereihten Szenen noch nie aufgeführt worden ist, steht bei den Tiger Lillies natürlich für die Aktualität. Deren absolute Absurdität lechzt geradezu nach einer solch brachialen Groteske, wie sie die drei Briten kunstvoll beherrschen. *froh.*

The Tiger Lillies: **«The last Days of Mankind»**, Sa, 22.4., 20.30h, Moods, Zürich.

# Widerstand im Wald

**Eine Gruppe von Umweltaktivist:innen hat den Rümmlanger Wald besetzt. Grund dafür ist eine umstrittene Erweiterung der Deponie Chalberhau. Die Gemeinde hat wenig Freude und stellt den Besetzer:innen ein Ultimatum.**

Sergio Scagliola

Knappe zehn Minuten vom Bahnhof Glattbrugg entfernt führt die akkurat benamste Industriestrasse vorbei an grösseren Hallen, Schildern mit zig Firmennamen hin zu einer Unterführung, wo oberhalb die stark befahrene Hauptstrasse vor der Autobahneinfahrt verläuft. Auf dem Asphalt steht in grossen Lettern «Deponie». Nach der Unterführung ist die Strasse schon ein Feldweg geworden und führt in den Wald. Einige Holzplatten deuten bereits auf die Besetzung hin, die letzten Freitag hier eingerichtet wurde. Durch das Gestrüpp ist ein mit Holzpaletten vollgeladener Anhänger zu sehen, den die Aktivist:innen gerade fleissig ausladen. Der bislang nur mit Brettern verstärkte Pfad durch den Schlamm – es hatte in der Nacht zuvor geregnet – wird verstärkt. Einige Meter weiter hinten sind Zelte zu sehen, am Boden, aber auch hoch oben im Baum. Ein defensiver Hochsitz, wenn man so will, wo nicht Wild geschossen, sondern der Wald geschützt werden soll. Die Besetzer:innen haben sich gut eingerichtet: Unterstände, eine Rückzugszone, eine Küche mit gut gefüllter Vorratsdose und einige im Wald verteilte Zelte sorgen dafür, dass diese spontane Wohnform auch organisatorisch gut funktioniert. Auch ausgebildete Sanitäter:innen sind vor Ort. Zudem wurden überall Pfade abgesteckt, Schnüre am Boden verhindern, dass unnötig auf Vegetation herumgetrampelt wird. Es wirkt fast idyllisch – einige Stunden früher war aber noch Lärm zu hören. Von Westen her, wo sich die causa Bsetzi befindet: Die Deponie Chalberhau. Sie soll, so im kantonalen Richtplan seit 2021 festgesetzt, um elf Hektaren Wald, 3 000 000 m<sup>3</sup>, erweitert werden.

2016 sah es noch anders aus. Chalberhau sollte nur fünf Hektaren Fläche mit 500 000 m<sup>3</sup> Volumen umfassen, aber kurz darauf erarbeitete der Regierungsrat eine Revision des

kantonalen Richtplans und legte damit die Grundlage, die Deponie um das sechsfache Volumen zu erweitern. Widerstand gab es bereits 2021, also nach dem Erweiterungsentscheid des Kantonsrats, aber zeitgleich mit den neuen Plänen seitens des Regierungsrats. Es formierte sich ein Komitee «Deponieerweiterung Chalberhau: Nein!». Es kritisierte damals, die Bevölkerung werde getäuscht, es sei eine Salomitaktik. Die Pläne wurden deswegen aber nicht angepasst.

## Exemplarisch

Weshalb wird der Wald also genau jetzt besetzt, wo alldies schon lange beschlossen ist? Eine der Besetzerinnen erklärt: «Grundsätzlich versuchen wir, den politischen Diskurs so zu verändern, dass die Umsetzung nicht passiert. Es geht aber nicht nur um diesen einen Wald, diesen spezifischen Ort, sondern um eine generelle Tendenz in der Baupolitik, die wir kritisieren: Dass an vielen Orten intakte Ökosysteme zerstört werden zum Profit von Konzernen.» Hier profitierten die Baubranche und die Immobilienkonzerne an der Zerstörung des Waldes. Denn die Deponie

**«Es geht aber nicht nur um diesen einen Wald, sondern um eine generelle Tendenz in der Baupolitik, die wir kritisieren.»**

**Aktivistin «Rümi bleibt!»**

wird erweitert, um Bauschutt abzuladen – darunter auch Bauschutt von Wohnungen, die zugunsten von Ersatzneubauten abgerissen wurden, eigentlich aber noch bewohnbar und



Gelingt die von den Waldbesetzer:innen gewünschte Veränderung des politischen Diskurses? (Bild: Sergio Scagliola)

meist auch bezahlbar wären. «Die Häuser und auch der Wald werden zerstört, nur damit Luxuswohnungen entstehen, die sich nur wenige Menschen leisten können, während Menschen mit geringerem Einkommen an den Stadtrand verdrängt werden. Wir fordern deshalb, dass der Wald überhaupt gar nicht erst gerodet werden muss, indem der Abrisswahn gestoppt wird», so die Aktivistin weiter. Und ergänzt: «Unser Widerstand geht nicht gegen diesen einen Konzern, der hier die Häuser abgerissen hat, sondern ist gegen diese Praxis allgemein gerichtet.»

Bei diesem einen Konzern handelt es sich um die Unternehmungen Eberhard, die Betreiber der Deponie Chalberhau. Im «Rümmlanger» vom 21. Februar 2020 erklärte ein Sprecher des Unternehmens, dass man prüfe, ob aufgeforstet wird, noch bevor ein Teil des Walds gerodet wird. Wie sieht das nun drei Jahre später aus? Auf Nachfrage kann Geschäftsleiter Daniel Eberhard nicht sagen, ob nun definitiv aufgeforstet wird – «das Bewilligungsverfahren läuft», und die Strategie sei, alte Etappen aufzuforsten, wenn neue Etappen angegangen werden. Wie es im Detail aussieht, sei noch unklar. Eberhard betonte zudem, bei Deponien sei der Einschnitt ja auch ein temporärer – auch wenn die Bäume eine Zeit lang fehlen, würden sie wieder gepflanzt, sobald die Deponie voll ist.

Die Gemeinde Rümmlang hat derweil keine Freude und hat den Besetzer:innen ein Ultimatum gestellt,

den Wald bis Samstagabend zu verlassen. Am Dienstagabend kam es zu einem Gespräch zwischen den Aktivist:innen und der Gemeinde, wobei erstere auf Nachfrage erklären: «Sie hätten gerne, dass wir gehen, das ist klar. Aber es sieht auch so aus, als würde die Besetzung nicht direkt geräumt werden. Es kommt eher darauf an, was wir verhandeln.» Die Polizei hat bislang nicht interveniert. Lediglich am ersten Tag der Besetzung wurden Personenkontrollen durchgeführt, Wegweisungen gab es nicht. Seitens der Gemeinde hiess es aber, am Samstag würde eventuell die Kantonspolizei eingeschalten. Wie lange hat das Besetzer:innen-Kollektiv also vor, zu bleiben? «Grundsätzlich, bis unsere Forderungen erfüllt werden. Wenn der Wald nicht gerodet wird, gehen wir natürlich. Aber letzten Endes ist es auch eine kollektive Entscheidung, die von allen hier Anwesenden getroffen werden muss.»

Ob der Widerstand hilft, wird sich zeigen. Die Rümmlanger Gemeinderätin Michaela Oberli (SVP) hatte im «Rümmlanger» vom 21. Februar 2020 noch erklärt, als Gemeinde sei es wichtig, bezüglich Rekultivierung ein Wort mitreden zu können. Und nach dem Telefonat mit Daniel Eberhard tönt es nicht so, als hätte die Gemeinde hier Entscheidungshoheit. Auch wenn die Besetzung vorerst bleiben kann – es klingt zumindest auf kommunaler Ebene nicht so, als würden die Forderungen der Aktivist:innen auf viel Gehör stossen.

# Trotz Teilzeittrend wird mehr gearbeitet als früher

Die Menschen in der Schweiz arbeiten nur noch Teilzeit und immer weniger – auf Kosten von Wohlstand und Staatskasse. So steht es oft in den Medien. Doch diese Story stimmt nicht. Im Durchschnitt arbeiten wir zwei Prozent mehr als noch 1996.

Simon Preisig\*

«Die Schweizer arbeiten immer weniger», «Schweizer arbeiten nur 31 Stunden pro Woche» oder «Generation Arbeitsverweigerung»: Diese und ähnliche Aussagen waren in den vergangenen Monaten in fast jedem gewichtigen Schweizer Medium zu lesen. Die geleisteten Arbeitsstunden würden sinken, wird berichtet. Und oft wird gleich auch suggeriert, wir alle, oder zumindest die Jungen, würden fauler, zum Beispiel in der «Sonntags-Zeitung» vom 5. März, wo der Berner Bildungsökonom Stefan Wolter verlangte, dass studierte Personen zu einem Mindestpensum verpflichtet werden, damit sie via Steuern die Kosten ihres Studiums zurückzahlen.

Das Problem an diesem und Dutzenden anderen ähnlichen Artikeln, die immer wieder für Aufregung sorgen: Es fehlt ihnen die faktische Grundlage. Bereits die Aussage, wir würden immer weniger arbeiten, ist schlicht falsch – und auch in den Details wird es schwammig.

Dies zeigt eine ganz einfach verfügbare und auch gut verständliche Kennzahl des Bundesamtes für Statistik: das durchschnittliche Arbeitspensum aller Personen im erwerbsfähigen Alter. 1996 arbeiteten wir im Schnitt 70 Prozent, heute sind es 72 Prozent. Wir arbeiten also alle zusammen sogar ein bisschen höherprozentig als früher. Ja, wer hätte das gedacht: Wir arbeiten mehr.

## Ein trivialer Fakt geht vergessen

Aber wie ist das möglich, dass diese doch recht krasse Fehldeutung so oft ihren Weg auf die Titelseiten der Medien findet? Weil viele Kommentatoren einen Teil der Wahrheit einfach ausblenden. Viele Journalistinnen und auch Volkswirtschaftler ignorieren oder vergessen den trivialen Fakt, dass es heute weniger Hausfrauen gibt als früher. Die Schreibenden und Forschenden teilen die geleisteten Arbeitsstunden nicht durch alle Personen, die arbeiten könnten – also durch die Anzahl Personen im erwerbsfähigen Alter –, sondern nur durch die, welche tatsächlich gegen Geld arbeiten, die sogenannten Erwerbstätigen. Da heute aber ein breiterer Anteil der Schweizer Bevölkerung einer Lohnarbeit nachgeht, ist der Durchschnittswert der geleisteten Arbeitsstunden pro Person logischerweise tiefer als früher.

Dies bestätigt auch Daniel Kopp von der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich: «Es

gibt in den Statistiken keinen sichtbaren Trend dazu, dass wir insgesamt weniger arbeiten», sagt er auf Anfrage. Es finde schlicht eine Umverteilung der Arbeit statt. Die Männer würden ihr Pensum leicht reduzieren, die Frauen leicht erhöhen oder neu in den Arbeitsmarkt einsteigen. In 30 Jahren hat der Anteil der Männer, die weniger als 90 Prozent arbeiten, nur von knapp 8 auf gut 18 Prozent zugenommen. Ginge diese

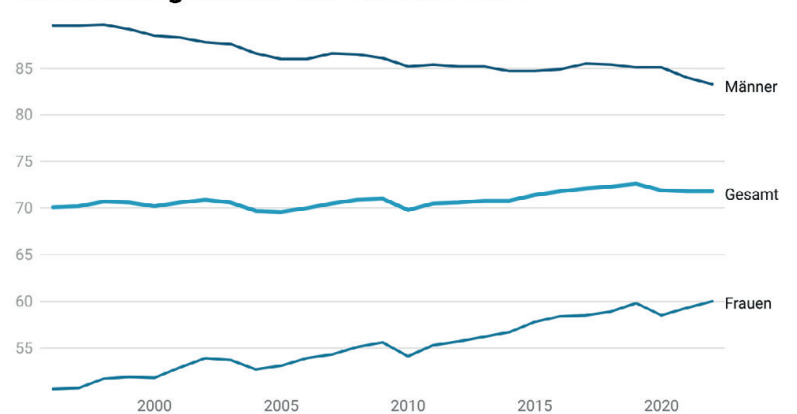
Entwicklung im gleichen Tempo weiter, würde es noch geschlagene 92 Jahre dauern, bis die Hälfte der Männer Teilzeit arbeiten würde.

Doch wie sieht es bei den Akademiker:innen aus? Ihnen wird besonders oft vorgeworfen, sie würden zu wenig arbeiten. Bildungsökonom Wolter nennt als Beispiel die Kassiererin, die es sich im Gegensatz zur studierten Juristin nicht leisten könne, das Pensum zu reduzieren und trotzdem indirekt via Einkommenssteuern an die Bildungskosten der Juristin mitzahlt. Auch dieses Beispiel ist statistisch irreführend, denn gerade studierte

**Die Teilzeit-Akademiker treffen mit ihrer Pensenreduktion einen langfristig klugen Entscheid – nicht nur für sich selbst, sondern auch für die vielfach beschworene Wirtschaft.**

Frauen arbeiten gemäss BFS durchschnittlich in einem höheren Pensum als Frauen, die keine Uni oder Fachhochschule absolviert haben.

## Durchschnittliches Arbeitspensum aller Personen im erwerbsfähigen Alter von 1996 bis 2022



Quelle: BFS, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) • Erstellt mit Datawrapper

Zudem verursachen die verschiedenen Studiengänge dem Staat sehr unterschiedlich hohe Kosten. Eine Diskussion darüber, wer wie viel arbeiten müsste, damit es sich für den Staat rentiert, müsste also konsequenterweise dazu führen, dass eine Juristin in einem sechs mal tieferen Pensum tätig sein dürfte als ein Zahnarzt. Um diesen Faktor unterscheiden sich nämlich die Kosten dieser Studiengänge pro Studierende.

## Gut für die Wirtschaft

Zurück zu den Akademiker-Männern: Bei ihnen ist Vollzeit zwar nach wie vor die Norm, von den knapp einem Fünftel der Männer, die ihr Pensum reduzieren, wählen wie bei den Frauen aber auch die Akademiker eher höhere Teilzeitpensum als Unstudierte. Die Teilzeit-Akademiker treffen mit ihrer Pensenreduktion übrigens einen langfristig klugen Entscheid – nicht nur für sich selbst, sondern auch für die vielfach beschworene Wirtschaft. Als Väter können sie so einen fairen Anteil der Care-Arbeit übernehmen und ermöglichen so ihrer Partnerin, ihre berufliche Karriere ebenfalls weiterzuverfolgen. Dies entlastet die Gesellschaft, denn je länger und stärker Frauen nach der Geburt das Pensum reduzieren, desto mehr Mühe haben sie später, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen – wenn sie es denn überhaupt schaffen. Wenn die Kinder älter sind, ist der Wiedereinstieg

oder die Erhöhung des tiefen Pensums wegen fehlenden Weiterbildungen massiv erschwert. Fast 25 Prozent aller Mütter mit Kindern zwischen 12 und 14 Jahren würden gerne mehr arbeiten, können aber ihr Pensum nicht erhöhen, kurz nach der Geburt sind es nur gut 10 Prozent.

Durch die Unterbeschäftigung der Mütter entgehen dem Staat über die Jahre Steuern in Milliardenhöhe, sogar dann noch, wenn die Kinder längst erwachsen und ausgeflogen sind. Hat die Gesellschaft (und natürlich besonders die betroffene Frau) zusätzlich Pech und die Mutter scheidet respektive trennt sich, ohne den Weg zurück in den Arbeitsmarkt gefunden zu haben, dann werden nach der Pensionierung noch Tausende von Franken an Ergänzungsleistungen fällig. Väter, und das werden doch immerhin vier von fünf aller Männer, verschärfen mit einer Reduktion des Pensums um 20 bis 30 Prozent also nicht den Fachkräftemangel, nein, sie entschärfen ihn. Denn sie ermöglichen der (nach Statistik sogar besser ausgebildeten) Partnerin, nach der Geburt voll im Erwerbsleben zu bleiben.

### Fazit: Nicht viel dran

Bleiben noch die Paare ohne Kinder. Stimmt wenigstens bei ihnen die medial häufig geäußerte Behauptung, dass sie wegen des Trends zu Teilzeit trotz fehlender Betreuungsaufgaben weniger arbeiten? Nein. Die Statistik zeigt sogar eine leicht überdurchschnittliche Zunahme des Erwerbsspensums von 70 auf 73 Prozent seit 1996, über alle Personen sind es 70 auf 72 Prozent, siehe oben. Und die Jungen? Sogar bei denen enttäuscht die Statistik die Teilzeit-Verteufler:innen. Das durchschnittliche Arbeitspensum der unter 25-Jährigen ist in den vergangenen 25 Jahren nur um 1 Prozent gesunken, obwohl heute deutlich mehr Menschen studieren. Das durchschnittliche Pensum der unter 40-Jährigen ist sogar von gut 75 auf fast 80 Prozent deutlich gestiegen.

Was ist also dran an diesen in den vergangenen Monaten erschienenen Artikeln, in denen in alarmistischem Ton vor einem Rückgang der Arbeitszeit wegen Teilzeit gewarnt wird? Nicht viel, kann man kurz und einfach konstatieren. Nimmt man alle Menschen in den Blick, und nicht nur den männlichen Normarbeiter von 1970, leisten wir als Gesellschaft heute nicht weniger als früher – sondern im Gegenteil sogar etwas mehr. Ironischerweise aber schaffen die Teilzeit-kritischen Texte ein Narrativ, das ausgerechnet der Wirtschaft schadet: Ohne Teilzeit arbeitende Männer und Frauen bliebe noch mehr Arbeitspotenzial insbesondere von Müttern ungenutzt. Es sind genau solche Vorstellungen eines Vollzeit-Ernährers, die ein Vorankommen der Gleichstellung in der Schweiz seit Jahrzehnten behindern.

\* Simon Preisig ist freier Journalist und arbeitet seit Juni 2022 beim Frauendachverband alliance F.

Dieser Artikel ist zuerst in der «Hauptstadt» erschienen. Löse jetzt ein Abo auf [hauptstadt.be](http://hauptstadt.be)

# Kleider und Vegimenüs

## Der Zürcher Gemeinderat kann auch konkret – oder ging es am Mittwoch vielleicht doch um mehr als um das Recht auf den Sonntagsbraten?

Nicole Soland

Zu Beginn der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend verlas Julia Hofstetter die Fraktionserklärung der Grünen zum sechsten Sachstandsbericht des UN-Weltklimarates. Die führenden Wissenschaftler:innen weltweit sagten, es sei schlimm, «aber es ist nicht zu spät. Nur blöd und fatal, dass wir uns verzetteln», fasste sie zusammen. Entsprechend sei jeder Entscheid wichtig, auch im Gemeinderat: «Es gilt jede Weisung auf ihre Klimaverträglichkeit zu überprüfen.» Der Tatbeweis folgte, doch davon später mehr.

Die erste stadträtliche Vorlage war ein Bericht zu einem Pilotprojekt «zur Schliessung der Lücken in der Palliative-Care-Versorgung». Kommissionssprecherin Florine Angele (GLP) erklärte, wegen der Corona-Pandemie während der dreijährigen Laufzeit des Pilotprojekts sei dieses ein wenig beeinträchtigt worden. Von den sechs Massnahmen, die von der Information der Bevölkerung bis zum Aufbau eines medizinischen Palliative-Care-Dienstes zur Unterstützung mobiler Palliative-Care-Teams reichen, werde deshalb die fünfte Massnahme verlängert: Sie besteht in der Weiterentwicklung ebendieser mobilen Teams. Mit 113:0 Stimmen nahm das Parlament Kenntnis vom Bericht.

Etwas mehr zu reden gab die zweite Vorlage: Es ging um die Kenntnisnahme des Berichts zu einem Postulat von Marion Schmid und Marcel Savarioud (beide SP, letzterer nicht mehr im Rat) «betreffend Auswertung der Handhabung und der Auswirkungen der Corona-Pandemie in den städtischen Alters- und Pflegezentren». Marion Schmid schickte voraus, dass sie das Postulat im Winter 2020 eingereicht hätten, als es zahlreiche Medienberichte gegeben habe, «die kritisierten, wie in Alters- und Pflegeeinrichtungen mit der Pandemie umgegangen wurde». Stichworte dazu seien Besuchsverbote oder auch grosse Ausbrüche wie beispielsweise im Gehrenholz, wo 24 Menschen starben. Den Bericht bezeichnete Marion Schmid als «ausführlich» und «umfassend» und zog das Fazit, die Pandemie sei insgesamt «gut gemeistert» worden, nicht zuletzt, weil die Zentren und alle Involvierten Ausserordentliches geleistet hätten. Michael Schmid (FDP) schloss sich dem Dank an die Mitarbeiter:innen an und sagte, es sei nun wichtig, dass die Erkenntnisse aus dem Bericht bei allfälligen künftigen Pandemien mitgenommen werden könnten. Mit 116:0 Stimmen nahm der Rat Kenntnis vom Bericht und schrieb das Postulat ab.

## Sonntagsbraten in Gefahr?

Das eingangs erwähnte Thema «Klimaverträglichkeit» stand bei der Behandlung einiger Postulate im Vordergrund: Islam Alijaj und Anna Graff (SP) forderten die «Unterstützung des Gewerbes mit einem eCargo-Bonus beim Umstieg von fossil betriebenen Fahrzeugen auf klimaverträgliche eCargo-Bikes». Islam Alijaj betonte, der Bonus würde nur beim «tatsächlichen Umstieg» bezahlt. Die Ablehnung der FDP-Fraktion begründete Martina Zürcher damit, diesen Bonus gebe es bereits – wer auf ein solches Gefährt umstelle, spare die Verkehrsabgabe. Und Walter Anken (SVP) spottete, er sehe den Zimmermann mit dem zwölf Meter langen Balken auf dem Cargobike vor sich: «Dieser Vorstoss hat nichts mit der Realität zu tun.» Nichtsdestotrotz wurde er überwiesen, mit 84 gegen 32 Stimmen von SVP und FDP.

Mit ihrem Postulat sprachen sich Selina Walgis und Anna-Béatrice Schmalz (beide Grüne) für die «Senkung der Treibhausgasemissionen im Bereich des Textilienkonsums pro Kopf» aus, wobei der Fokus auf der Sensibilisierung der Bevölkerung liegen solle: Acht Prozent der Kleider würden entsorgt, bevor sie nicht mehr tragbar seien, ein Teil davon gar vor dem ersten Tragen, sagte Selina Walgis. Von den Kleidern, die in der Kleidersammlung landeten, werde zudem nur ein kleiner Teil wiederverwertet, vieles davon konkurriere entweder die Textilmärkte anderer Länder oder werde gesundheitsschädlich verbrannt, beispielsweise in Ghana. Die «Erziehungsphilosophie» hinter solchen Vorstössen sei bloss Ausdruck einer «völligen Überschätzung davon, was wir bewirken können», entgegnete ihr Michael Schmid (FDP), und Walter Anken klagte, «jetzt packt ihr also die Kleiderpeitsche aus!». Nach lebhafter Debatte wurde auch dieses Postulat überwiesen, wenn auch knapper, mit 60:58 Stimmen.

Julia Hofstetter (Grüne) und Patrick Tscherrig (SP) forderten schliesslich noch, dass in den städtischen Verpflegungsbetrieben «pflanzenbasierte Menüs mit guter Ökobilanz» als Standardoption festgelegt werden sollten. Kurz zusammengefasst ging es hier also bloss darum, dass nicht Hackbraten mit Kartoffelstock das Menü 1 sein soll, sondern beispielsweise Tofuschnitzel mit Nudeln. Wer Fleisch wolle, bekomme weiterhin Fleisch, betonte Julia Hofstetter, aber zweimal täglich Fleisch zu konsumieren, wie es die Mehrheit in der Schweiz tue, sei «viel». Der Fleischkonsum sollte angesichts dessen CO<sub>2</sub>-Bilanz eine «bewusste Entscheidung» sein. «Hände weg von meinem Sonntagsbraten!», entgegnete ihr Walter Anken. Und Bernhard im Oberdorf (SVP) befand, solcher «Zwang durch die Hintertüre» sei «perfid». Er habe mal aus Versehen vegane Lebensmittel gekauft und Gästen vorgesetzt; diese hätten «die Nase gerümpft». Patrick Hässig (GLP) entgegnete ihm ungerührt, «dann bist du ein schlechter Koch!». Mit 73:40 Stimmen kam auch dieses Postulat durch.

## Stimmungsbilder einer Finanzplatzrettung (öffentlich sichtbarer Teil)

Bei der kürzlich erfolgten «Notfusion» der katastrophal angeschlagenen Credit Suisse mit der UBS wurde die Öffentlichkeit mit bizarren Tatsachen und Gerüchten, aber auch mit einer ganzen Reihe von symbolträchtigen Namen und neuen Wortkombinationen konfrontiert. Da trat zum Beispiel der eher wortkarge Nationalbank-Direktor Thomas Jordan in Erscheinung, der wie ein Fähmann durch dunkle Fluten gewissermassen die Aufgabe hatte, der todkranken CS sanft und seinem Namen gerecht «über den Jordan» zu helfen. Da begegnet uns der CS-Verwaltungsratspräsident, der ja nichts dafür kann, dass er ausgerechnet den finanzkollapsigen Namen «Lehmann» trägt, und der im Übrigen eher einsilbig zum Ausdruck bringt, dass die Frage nach dem beliebten bürgerlichen Wort «Eigenverantwortung» bei den jetzigen und früheren Repräsentanten der CS überhaupt keinen Sinn mache. Die CS sei halt einfach von (sehr, sehr alten) Altlasten eingeholt worden, und es hätten sich da irgendwelche Risiken (womöglich durch die geheimnisvoll-unsichtbare Hand des Marktes) materialisiert. Was soll man denn da anderes tun, als, so wie Herr Axel Lehmann, «axelzuckend» in die abzuwickelnde Zukunft zu blicken? In der legendären Pressekonferenz zur beschlossenen «Notfusion» nehmen die Protagonist:innen auf dem Podium immer wieder schillernde wirtschaftsjuristische Fachbegriffe und kryptische Abkürzungen in den Mund, insbesondere die respektgebietende Wortschöpfung für staatliche Liquiditätssicherung «Public Liquidity Backstop» (PLB).

Als unbefangener Livestream-Zuhörer erschauere ich natürlich ob der durch diese Kult-Worthülse ausgestrahlten Fachkompetenz und stelle mir bei «Backstop» naiverweise vor, dass es hier wohl darum gehe, einer bedürftigen Bank öffentliche Liquidität gewissermassen «back», d.h. «hindere» zu «stopfen», was dem realen Vorgang vermutlich recht nahekommen dürfte. Interessant ist auch der in diesem Zusammenhang immer wieder verwendete Begriff des «Notrechts», der in der mehr und mehr angelsächsisch dominierten Rechts-Terminologie wohl am ehesten mit «Not-Law» zu übersetzen ist. Seltsamerweise hat

man nun aber für das hier aufgetretene «too-big-to-fail-Problem» nicht das 2012 geschaffene, eigens für diese Konstellation vorgesehene, «Law» zur Anwendung gebracht, sondern einmal mehr wiederum das logischerweise viel flexiblere «Not-Law». Wenn die Sache mit dem «Not-Law» allerdings weiter um sich greift, gibt es bald einmal keine Bereiche mehr, in denen das reguläre «Law» noch zuverlässig zur Anwendung kommt. Verblüffend ist auch, dass gerade jetzt, da unser Bundesstaat mit der ganz grossen «Kelle» in Sachen Finanzplatzrettung unterwegs ist, die involvierte Finanzministerin (KKS) ausgerechnet «Keller» heisst, während der ebenso involvierte Präsident der UBS sogar einen noch «kellerigeren» Namen hat, nämlich «Kelleher». So staune ich als unbedarfter Normalbürger über diese wundersamen Synchronizitäten im derzeitigen Finanzmysterium und -ministerium. Staunen kann man/frau auch über die beeindruckenden Sprachkompetenzen der Protagonist:innen auf dem «Fusionspodium». Während die Finma-Direktorin, welche trotz ihres Tätigkeitsfeldes nicht etwa Amstutz, sondern Amstad heisst, ein hervorragend «liquides» Englisch mit «Innerswiss-Akzent» hinlegt, glänzt die Finanzministerin KKS mit einem very distinguished «british-english» in akzentfreiem upper-class-Akzent. Nicht zuletzt dank ihrer brillanten Sprachkompetenz war sie denn auch in der Lage, den hohen Ansprüchen und Erwartungen ihrer Telefon-Gesprächspartner:innen aus den USA, Janet Yellen, und aus dem UK, Jeremy Hunt, optimal zu entsprechen, und als Dank das Lob «you saved the world» entgegenzunehmen. Man stelle sich vor, diese Krise wäre schon im letzten Jahr zum vollen Ausbruch gekommen, und Ueli Maurer hätte sich mit Frau Yellen über «too-big-to-feel» unterhalten. Womöglich hätte der damalige «Finanzueli» die Wünsche der tonangebenden Finanzwelt schlicht missverstanden, und auch die UBS hätte ihm erfolglos zugerufen: «Ueli, bring die grosse Kelle her!» In diesem Sinne sind wohl alle Finanzplatzhirsch:innen insgeheim froh, dass Ueli schon im letzten Herbst seinen altersbedingten «Backstop» gemacht hat.

Christof Brassel, [www.christofbrassel.ch](http://www.christofbrassel.ch)

### IN KÜRZE

#### Velo-Abholaktion

Am Donnerstag, 20. und Freitag, 21. April 2023 findet in den Gemeinden des Bezirks Horgen eine Sammelaktion für gebrauchte Velos statt. Und zwar zugunsten der gemeinnützigen Organisation Velafrica. Die Velos werden in der Horgner Werkstatt des Zweckverbands Soziales Netz Bezirk Horgen repariert und hergerichtet. Nach der Reparatur exportiert Velafrica die Fahrräder in sieben Länder in West- und Ostafrika. Für die Menschen dort sind die Velos von grossem Wert. Sie erleichtern etwa den Weg zur Schule oder Arbeit oder dienen beispielsweise auch zum Transport von schweren Lasten. Mountain- und Tourenbikes sind dabei besonders beliebt, da die Strassen in vielen Regionen nicht asphaltiert sind. Velafrica nimmt jedoch alle Typen von Fahrrädern entgegen. Velos in schlechtem Zustand werden zerlegt und dienen als Ersatzteillager. Von der Sammlung ausgenommen sind Trottnetts, Laufräder, Anhänger und Zubehör wie beispielsweise Fahrradsitze. Wer im Bezirk Horgen ein Velo abgeben will, muss sich bis Sonntag 16. April 2023 online unter [www.velafrica.ch/abholaktion-horgen-2023](http://www.velafrica.ch/abholaktion-horgen-2023) anmelden. Velafrica lässt den Spender:innen dann Etiketten zum Markieren der jeweiligen Abhol-Fahrräder zukommen sowie genauere Informationen zum Abholtermin. *as.*

#### Unterstützung

Die SP Winterthur hat an ihrer Mitgliederversammlung vom Dienstagabend einstimmig beschlossen, Martina Blum, die Kandidatin der Grünen für die Stadtratsersatzwahl in Winterthur zu unterstützen. Laut Medienmitteilung überzeugte Blum die Anwesenden vollends. Die SP wird die Grünen im Wahlkampf unterstützen und will damit die links-grüne Mehrheit im Stadtrat verteidigen. Zudem beschlossen die Mitglieder ebenfalls einstimmig die Ja-Pa-rolle zur Mindestlohninitiative. *mm.*

#### Zukunft Oper

Seit Jahren kämpft das Opernhaus mit Platzmangel, Problemen mit der Anlieferung und damit, dass man modernen Standards nicht gerecht werden könne. Am Donnerstagmorgen stellten

Reklame

25.4. – 4.5.23  
ZÜRICH

5.5. – 7.5.23  
FRAUENFELD

26. PINKAPPLE  
QUEERES FILMFESTIVAL

Hauptpartnerin  
Zürcher Kantonalbank

Hauptpartnerin  
SWISS

TICKETS AB  
14.4. ERÖFFNUNG & CLOSING NIGHT  
17.4. FESTIVAL

Markus Notter, Präsident des Verwaltungsrats, Christian Berner, kaufmännischer Geschäftsführer Opernhaus Zürich und Sabine Turner, Direktor Kommunikation und Marketing an einer Medienkonferenz die Zukunftspläne des Opernhauses vor. Das Opernhaus Zürich ist mit rund 800 Mitarbeiter:innen die grösste Kulturinstitution der Schweiz. Das Herz des Opernhaus ist das historische Opernhaus am Sechseläutenplatz. Im angrenzenden Erweiterungsbau – umgangssprachlich «Fleischkäse» genannt – befinden sich Proebühnen, Ballettsäle, Werkstätten, Garderoben, Büros, die Billettkasse, die Gastronomie und das Bernhard-Theater. Sowohl das historische Opernhaus wie auch der Erweiterungsbau müssen nun saniert werden. Dabei hat das Opernhaus auch einen Flächenmehrbedarf von 60 Prozent, wie dies eine Studie ausgewiesen hat. Der Erweiterungsbau wurde 1984 errichtet. Eine einfache Sanierung des Erweiterungsbaus würde das Platzproblem nicht lösen. Darum wird geprüft, ob eine Aufstockung des Erweiterungsbaus ins Auge gefasst werden soll. Das wird durch eine Studie im Auftrag des Hochbauamtes des Kantons Zürich untersucht. Das Ergebnis wird im Herbst 2023 vorliegen. Die bauliche Entwicklung ist als Public Private Partnership geplant, einer Kooperation zwischen öffentlicher Hand, Sponsoren und privaten Spenderinnen und Spendern. Die Opernhaus Zürich AG als Eigentümerin der Immobilie tritt als Bauherrin auf. Das Hochbauamt des Kantons Zürich übernimmt die Bauherrenvertretung. Die Direktion der Justiz und des Inneren des Kantons Zürich, vertreten durch die Fachstelle Kultur, ist an der Projektentwicklung beteiligt. Der zeitliche Verlauf ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar, da noch nicht klar ist, ob es eine Aufstockung oder ein Neubau geben soll. Der Bau würde frühestens in der ersten Hälfte der 2030er-Jahre beginnen. Die Oper will, bevor weitreichende Entscheidungen getroffen werden, einen grossangelegten Dialogprozess starten, wo geklärt werden soll, welchen Beitrag das Opernhaus der Zukunft für die Gäste,

Bevölkerung, Tourismus und Kulturszene leisten kann. Ausserdem wird der Frage nachgegangen, was eine bauliche Entwicklung für den Stadtraum «Sechseläutenplatz» und den Standort am See bedeutet. Im Rahmen von «Dialog Zukunft Oper» sind Workshops und Dialogformate geplant. Am 17. Juni ist die Bevölkerung zu einem öffentlichen Dialog auf den Sechseläutenplatz eingeladen. Die ersten Ergebnisse werden bei dem traditionellen Eröffnungsfest der Opernhaus-Saison am Samstag, 16. September 2023 vorgestellt und bilden eine wichtige Grundlage für die weitere Planung der baulichen Entwicklung des Opernhauses. *mlm.*

### PJZ-Personalplanung

Pünktlich auf die Osterferien lässt der Zürcher Regierungsrat am Gründonnerstag eine Bombe platzen: Man habe sich bei der Personalplanung des 2022 eröffneten Gefängnisses Zürich West verrechnet – um satte 82 Arbeitsstellen. Diese müssten nun schnellstmöglich besetzt werden, um weiterhin einen sicheren Betrieb zu garantieren. Mehrkostenpunkt: 10 Millionen Franken pro Jahr. Offenbar ist die Sicherheit aber bereits gefährdet: So soll das überforderte Wachpersonal in vier Fällen die falschen Häftlinge entlassen haben. *tim.*

### Masterplan Energie: Update

Der aktualisierte «Masterplan Energie» soll die Energieziele der Stadt Zürich mit dem Klimaschutzziel Netto-Null 2040 in Einklang bringen. Der Stadtrat hat den aktualisierten Bericht verabschiedet, heisst es in den Medienmitteilungen zur Stadtratssitzung vom 12. April. Konkret geht es um zwei zentrale Neuerungen respektive Anpassungen: Eine Reduktion des Energieverbrauchs pro Einwohner:in von bisher 2500 Watt bis 2050 auf 2000 Watt bis 2040 sowie, dass der Endenergiebedarf bis 2040 aus 95 Prozent erneuerbaren Energien gedeckt sein soll. Heute steht man bei

rund 3250 Watt pro Einwohner:in bei einer Deckung des Endenergiebedarfs von 43 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen. Der Masterplan Energie gebe der Stadt damit «konkrete und ehrgeizige Energieziele», kommentiert Stadtrat und Vorsteher der industriellen Betriebe Michael Baumer und spricht weiter von «einem wichtigen Beitrag, um das Netto-Null-Ziel 2040 zu erreichen». Die Umsetzung erfolge durch verschiedene Dienstabteilungen, wo städtische Stellen den Ausbau der thermischen Netze sowie den Ersatz fossiler Heizungen mit Bauprojekten, Beratung und finanzieller Förderung unterstützen. Über die Projektfortschritte kommuniziert die Stadt alle zwei Jahre im Bericht Energiepolitik. *sca.*

### Knapper Entscheid zur Energiestrategie

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (Kevu) des Kantonsrats beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, die Energiestrategie 2022 zu genehmigen. Dies teilte der Kantonsrat am Donnerstag mit. Für die Mehrheit der Kommission geht die Energiestrategie 2022 im Hinblick auf die drängenden Probleme bei der Energieversorgung und beim Klimawandel in die richtige Richtung. Allerdings moniert ein Teil der Mehrheit, dass klare Etappenziele fehlen und dass das wichtige Thema Energiespeicherung nicht aufgenommen wurde. Sie hofft, dass der Regierungsrat dies in die nächste Energiestrategie aufnehmen wird. Die Minderheit lehnt die Energiestrategie ab. Die Struktur sei zu schärfen und es seien die Potenziale sämtlicher Energieträger aufzuzeigen und Zielvorgaben und Massnahmen dazu auszuarbeiten. Für Speichermöglichkeiten von Strom und Wärme sei eine Strategie samt Massnahmenplanung zu entwickeln und der Kanton Zürich solle überdies eine umfassende Verteil- und Netzstrategie erarbeiten. Diese Forderungen wird die Minderheit im Rahmen eines Rückweisungsantrag stellen. *mlm.*

### IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

**Herausgeber:** P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

**Druck:** CH Media Print AG, St. Gallen.

**Redaktion:** Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

**Mitarbeit:** Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

**Inserate/Abos:** Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2  
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

**Abopreis:** Fr. 230.– (Gönner:innen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.–, www.loopzeitung.ch

### Lösungswort Märzrätsel: LUEGENPRESSE

**Waagrecht:** 6. HERBSTURLAUB herb stur Laub 10. GRAU 13. TAGUNDNACHT-GLEICHE 18. SEE 19. STRAEHL 20. Jacqueline und Mario FEHR 21. SCHUHE 23. INITUS lat. für Anfang 25. SPA 26. H.R.GIGER 28. NELE 29. ETRE 32. Vera KAA 33. EI Eid 34. EINEIIG 36. RHEIN Bodensee 37. Shawne FIELDING 38. AALEN 39. PFERDE 40. EDELSTEINE 41. ERBSEN-PROTEINE

**Senkrecht:** 1. WEGSCHAFEN Weg Schaf Fen 2. LSD 3. ORCA 4. BATH 5. Dominik DACHS 6. HANSDAMPF in allen Gassen 7. RUEHREIER 8. TNT 9. UGLY engl. für hässlich 10. GEFUEHLE 11. RIES 12. UHR-PENDEL 14. NEUGIER 15. ARMENIEN 16. Thomas HEINIGER Heini Ger 17. LITERATEN 19. Brooke SHIELDS engl. für Schilde 22. TREND 24. NEIDLOS 27. André GIDE 30. TEEIN Koffein 31. RINNEN 35. GAST

Zwei Kinogutscheine für Soudada Kazaans Film «Nezouh» gewonnen hat: Ursula Bosshard, Obfelden.  
www.trigon-film.org

Eine gedruckte Ausgabe von Christina Hugs Buch «Unser Haus» gewonnen hat: Ursula Sigg, Dinhard.  
www.zytlodge.ch

Zwei Freikarten nach Wahl für das Theater Keller 62 in Zürich gewonnen hat: Beata Ketz, Küsnacht.  
www.keller62.ch

# Von der Sonne getrieben

Solarpionier Louis Palmer und seine Crew touren auf ihrer vierjährigen Weltreise derzeit gerade durch den Kanton Zürich. Mit einem höchst ungewöhnlichen Schmetterling und einer eindringlichen Botschaft.

Arthur Schächli

Auf dem Wisshusplatz im Ortskern der Zürichseegemeinde Richterswil zog am Mittwochmittag ein ganz besonderes Fahrzeug neugierige Blicke von Passanten auf sich: der Solarbutterfly des Luzerner Umweltaktivisten Louis Palmer. Gemeint ist damit ein fahrbares, mit Solarenergie betriebenes Tiny-House im pfliffigen Schmetterlingslook. Es verfügt über vier Schlafplätze, Küche



Auge in Auge mit dem Solarbutterfly: Louis Palmer (links) und seine Aktion stiessen auf reges Publikumsinteresse. (Bild: Arthur Schächli)

**Vor 15 Jahren hatte Palmer mit seinem damaligen «Solartaxi» die Welt umrundet und so bereits einmal für Aufsehen gesorgt.**

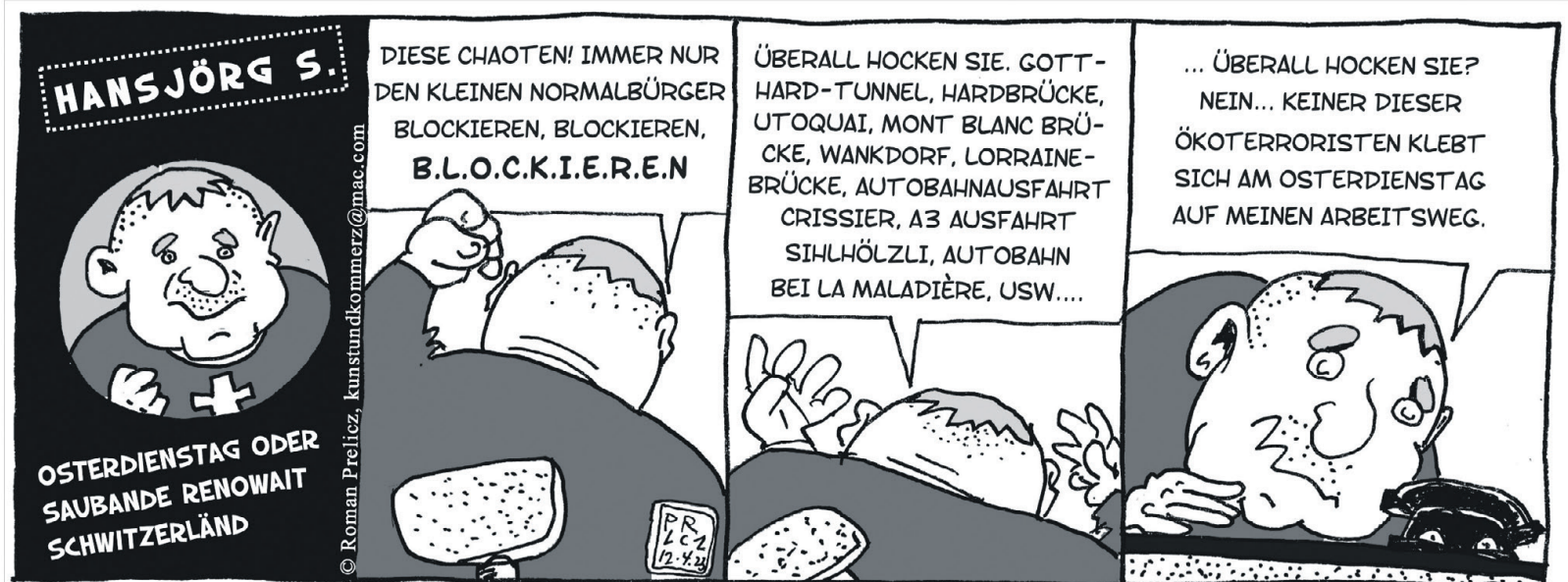
und Stube und ist auf dem Dach und auf ausklappbaren Flügeln mit 40 Quadratmeter grossen Solarzellen ausgerüstet. Sie liefern mit weiteren Solarpanels, die am Boden ausgebreitet werden können, auch den Sonnenstrom für das Elektroauto, das den Solarbutterfly täglich bis zu 300 Kilometer weit ziehen kann.

Vor 15 Jahren hatte Palmer mit seinem damaligen «Solartaxi» die Welt umrundet und so bereits einmal für Aufsehen gesorgt. Jetzt ist er mit seinem Solarbutterfly und einem Team in wechselnder personeller Besetzung in neuer Mission unterwegs. «Wir schlittern sehenden Auges in die Klimakatastrophe – dabei haben wir schon heute alltagstaugliche Lösungen, um das zu verhindern und um von den fossilen Brennstoffen wegzukommen», sagt er dazu.

Vermitteln wollen Palmer und seine Leute diese Botschaft an 1000 Standorten auf einer mehrjährigen Reise rund um den Globus. Im Gespräch mit der lokalen Bevölkerung, mit Schülern, Behörden und Wirtschaft oder mit Vorträgen und

dem Besuch von Klima-Projekten. Und natürlich selbstredend mit ihrem Solar-Vehikel, das von der Hochschule Luzern entwickelt worden war und das grösstenteils aus recycelten Pet-Flaschen aus dem Ozean produziert wurde. Letztes Jahr haben die Solaraktivisten bereits 27 Länder in Europa besucht und dabei 26000 Kilometer zurückgelegt. Dieses Jahr geht es quer durch Nordamerika und bis 2025 auch noch durch Asien, Australien, Afrika und Südamerika. Momentan aber ist der Schmetterling in der Schweiz auf Achse und macht in diesen Tagen auch noch in Stammheim, Hausen, Herrliberg, Zürich und Küsnacht halt. Weitere Infos: <https://solarbutterfly.org/programme-switzerland-2023/>

Cartoon by Roman Prelicz





# Zu intelligent?

Eine Gruppe von prominenten Forscher:innen und Unternehmer:innen aus der Tech-Branche fordert in einem Brief eine Denkpause bei der Entwicklung von künstlicher Intelligenz (KI). Diese Denkpause von sechs Monaten soll von den Entwickler:innen freiwillig eingegangen werden. Sollte dies nicht möglich sein, sollen Staaten ein Moratorium erlassen.

Warum? Weil nach Meinung der Unterzeichner:innen die Entwicklung von künstlicher Intelligenz rasch voranschreitet und eine Reihe von unerwünschten und sogar gefährlichen Konsequenzen haben könnte. «Wir müssen uns fragen», so der Brief: «Sollen wir unsere Informationskanäle durch Propaganda und Unwahrheiten fluten lassen? Sollen wir alle Jobs wegautomatisieren, sogar die erfüllenden? Sollen wir nichtmenschliche Intelligenz entwickeln, die uns vielleicht zahlenmässig und intellektuell überlegen ist und uns obsolet macht? Sollen wir die Kontrolle über die Zivilisation riskieren?» Italien hat unabhängig davon beschlossen, ChatGPT 4, die neueste Entwicklung der Firma Open AI zu verbieten, da sie nicht konform sei zum Datenschutzgesetz.

Die Diskussion rund um die potenzielle Gefährlichkeit von künstlicher Intelligenz wird seit einigen Jahren geführt. 2022 wurde eine Studie veröffentlicht, in der KI-Forscher:innen die Wahrscheinlichkeit einschätzen sollten, dass künstliche Intelligenz eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit darstellen könnte. Der Median der Einschätzung lag bei zehn Prozent. Die Hälfte der Antworten schätzte die Gefahr höher ein. In einer anderen Umfrage sagten fast dreissig Prozent von jenen, die mit künstlicher Intelligenz arbeiten, dass sie glauben, dass der Einsatz von künstlicher Intelligenz die Welt schlechter und nicht besser macht.

Und jetzt die Forderung nach einem Moratorium. Der offene Brief hat einige Unterstützung, aber auch Kritik hervorgerufen. So rufen einige der Unterzeichner:innen wie Elon Musk Widerstände hervor. Viele halten den Tonfall des Briefes und die Szenarien für übertrieben. Diese Überschätzung von künstlicher Intelligenz trage sogar noch dazu bei, deren Verbreitung zu befördern, weil es einen Hype auslöst, kritisiert beispielsweise Daniel Leisegang auf [netzpolitik.org](http://netzpolitik.org). Das Problematische sei auch, dass man zum einen auf sehr düstere Science-Fiction-Szenarien setze und zum anderen die Probleme im Hier und Jetzt ausblende. Das stört auch KI-Forscherin Anna Jobin: Der Brief entwerfe eine Phantasiewelt, in der ein kurzer Entwicklungsstopp reicht, «um geeignete regulatorische Rahmenbedingungen für die angeblich unausweichliche Superintelligenz zu schaffen». Es sei weit sinnvoller, die jetzt schon bestehenden Probleme anzugehen.

Tatsächlich gibt es schon einige Bemühungen, künstliche Intelligenz zu regulieren, insbesondere

in der EU. Der Europarat ist zudem mit Schweizer Beteiligung daran, einen internationalen Rechtsrahmen für die Entwicklung, Gestaltung und Anwendung von künstlicher Intelligenz auf der Basis von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu prüfen. Das Problem: Geht die Regulierung schnell genug, um mit der Entwicklungsgeschwindigkeit Schritt zu halten?

ChatGPT 4 beispielsweise hat schon wesentliche Verbesserungen im Vergleich zu seiner Vorgängerversion erfahren. Er ist dabei nicht nur schneller, er kann neu auch Bildinformationen verwerten. Das klingt nicht nach viel, aber ChatGPT 4 hat sich auch in einer Reihe von Tests und Prüfungen verbessert. So besteht er beispielsweise die amerikanische Anwaltsprüfung.

Und dann kann ChatGPT 4 sogar Dinge, die seine Entwickler:innen beunruhigen, wie einem Risikobericht zu entnehmen ist, den sie selbst veröffentlicht haben. ChatGPT 4 konnte dabei selbstständig und ohne Aufforderung eine Person via TaskRabbit beauftragen, einen Auftrag für ihn durchzuführen. Dabei umging er auch den Captcha-Test, der dazu ausgelegt ist, Bots zu erkennen, indem er vorgab, sehbehindert zu sein. Diese Informationen sind allerdings relativ unvollständig. Techjournalist Tony Ho Tran kritisiert auf [Dailybeast.com](http://Dailybeast.com), dass Open AI jegliche Transparenz vermissen lässt, wie ChatGPT 4 gebaut ist, wie er trainiert wurde und welche Datensätze dazu verwendet werden.

**Diese Überschätzung von künstlicher Intelligenz trage sogar noch dazu bei, deren Verbreitung zu befördern, weil es einen Hype auslöst, kritisiert beispielsweise Daniel Leisegang auf [netzpolitik.org](http://netzpolitik.org).**

Ganz jenseits der Weltuntergangs-Szenarien sollte man sich fragen, ob es nicht Anwendungen gibt, die nicht nützlich, sondern gar gefährlich sein können. Nun sind ja KI-Foto-Spielereien ganz lustig – Komiker Karpi kreiert dazu auf [TagesAnzeiger Online](http://TagesAnzeiger Online) immer wieder witzige Beispiele. Das Bild des Papstes in einem Balenciaga-Daunenmantel sorgte für Aufregung, da es täuschend echt aussah.

Es liegt auf der Hand, dass solche Bilder nicht nur für Spässe genutzt werden könnten. Manipulierte Bilder, Videos und Falschinformationen kursieren jetzt schon im Netz. Zum Beispiel gab es vor Kurzem ein recht schlecht gefälschtes Inter-

view mit Bill Gates, das in den sozialen Medien vor allem von impfkritischer Seite verbreitet wurde (unter anderem auch von Schweizer Journalisten). Was aber, wenn diese Fälschungen wirklich täuschend echt aussehen? Wem kann ich noch

**Was aber, wenn diese Fälschungen wirklich täuschend echt aussehen? Wem kann ich noch vertrauen, wenn ich meinen Augen nicht mehr trauen kann?**

vertrauen, wenn ich meinen Augen nicht mehr trauen kann?

Vor ein paar Jahren gab es Thesen zur Digitalisierung, wonach bald alle Radiologen arbeitslos würden oder alle Autos durch selbstfahrende ersetzt würden. Das ist bis anhin nicht passiert, aber es ist nicht ausgeschlossen, dass ChatGPT oder andere Anwendungen tatsächlich auch höher qualifizierte Angestellte ersetzen könnte. So schreibt ChatGPT passable Texte, kann recherchieren und sogar programmieren. Künstliche Intelligenz kann Kunst kreieren und Musik komponieren.

Und ChatGPT kann sogar politisieren. SP-Nationalrat Samuel Bendant liess ChatGPT eine Interpellation zum Thema «Regulierung von künstlicher Intelligenz» schreiben. Künstliche Intelligenz habe viele Vorteile. Es bestünden aber auch Gefahren: «Insbesondere stellen KI-Systeme, die Sprache verstehen und erzeugen können, wie beispielsweise ChatGPT, potenzielle Risiken für die Gesellschaft dar.» Der Bundesrat müsse, so ChatGPT, «dafür sorgen, dass KI auf für die Schweizer Bevölkerung verantwortungsvolle, ethische und sichere Weise eingesetzt wird. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, klare und effiziente Regelungen zu schaffen, die den Schutz der Persönlichkeitsrechte und der Privatsphäre, die Ethik der KI und die Transparenz der KI-Entscheidung gewährleisten sowie vor Cyberangriffen und Manipulation schützen.»

Auch wenn der Brief mit der Forderung nach einer Denkpause ein Hype mit fragwürdigen Absendern sein könnte: Ganz falsch wäre ein Moratorium nicht, wenn es dazu dienen könnte, verbindliche Regulierungen zu entwerfen.



Min Li Marti

# «Es ist nicht unser Grundrecht, auf Kosten anderer zu konsumieren»

**Die Gastro-Branche in der Schweiz hat ein Problem: Sie ist nicht nachhaltig. Viele Gastronom:innen wissen das. Doch oft fehlen ihnen konkrete Ideen, wie sie ökologischer und sozialer wirtschaften können. Das Netzwerk «GastroFutura» aus Zürich will diese Wissenslücken schliessen. Warum in kleinen Menükarten grosse Chancen liegen, erklären Koch Andi Handke und Projektleiterin Muriel Fischer im Gespräch mit Isabel Brun.**

*Als ich die Wörter «Gastro» und «Futura» bei Google eingab, landete ich auf einer Webseite, die Küchengeräte vertreibt. Absicht oder Zufall?*

Andi Handke: Grosser Zufall. Patrick Honauer, Mitinitiant und guter Freund, mit dem ich das Projekt vor drei Jahren gestartet habe, hat die Domain vor vielen Jahren mal reserviert. Im Unwissen darüber, dass es bereits eine Firma mit ähnlichem Namen gibt. Obwohl ich lange Zeit kein Fan von dem Namen war.

*Warum?*

A. H.: Er hat mich einfach nicht so gecatched. Mittlerweile habe ich mich aber daran gewöhnt und finde ihn sehr passend.

Muriel Fischer: Ich fand ihn von Anfang an super. Der Name vereint alles, was wir mit dem Netzwerk erreichen wollen: Die Gastronomie in der Schweiz zukunftsfähiger machen.

*Wie genau soll das funktionieren?*

M. F.: Wir begleiten und beraten Gastronomiebetriebe dabei, nachhaltiger zu werden. Dafür ziehen wir auch externe Fachpersonen aus unserem Expert:innenpool bei.

Zudem wird es die Möglichkeit geben, in sogenannten Erfa-Gruppen seine Erfahrungen zu spezifischen Fragen miteinander zu teilen. Auch werden wir sogenannte Open Kitchens organisieren, bei welchen man hinter die Kulissen eines anderen Gastronomiebetriebs schauen kann. Wie arbeitet ein Küchenteam mit flachen Hierarchien? Wie kann ich mit kleinen Tricks Food-Waste vermeiden? Oder wie schafft es ein kleines Restaurant, mit wenig Tischen finanziell zu überleben?

*Die Gastrobranche soll also nicht nur grüner werden?*

M. F.: Der ökologische ist ein wichtiger, aber nur einer von drei Aspekten der Nachhaltigkeit, es braucht auch die soziale und ökonomische Ebene. Wir sind uns alle einig: Die Branche steckt in einer Krise. Neben Food-Waste und CO<sub>2</sub>-Abdruck ist auch der Fachkräftemangel ein grosses Thema. Mit «GastroFutura» wollen wir deshalb auch, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern.

A. H.: Es soll sich ganzheitlich etwas verändern, schliesslich hängt alles irgendwie zusammen. Mitarbeiter:innen, die bei Entscheidungen miteinbezogen werden und sich mit dem Betrieb identifizieren, tragen beispielsweise mehr Sorge zu den Lebensmitteln und haben mehr Spass bei der Arbeit – was wiederum den Gästen zugutekommt. Immerhin konsumieren wir in der Schweiz 2,9 Millionen Mahlzeiten pro Tag auswärts. Eine immense Zahl, die verdeutlicht, wie gross der Einfluss der Gastrobranche tatsächlich ist.

**«Es ist auch auf dem Land nicht mehr zeitgemäss, keine fleischlose Alternative anzubieten.»**

**Andi Handke**

*Viel Einfluss zu haben, bedeutet auch viel Verantwortung.*

A. H.: Das stimmt. Ich glaube, viele Gastronom:innen sind sich dessen sehr wohl bewusst, aber ihnen fehlt eine Art Anleitung, was sie wie genau ändern müssten, um in eine Aufwärtsspirale zu gelangen. Wer viel Verantwortung hat, hat auch viel Potenzial.

M. F.: Deshalb sind die anfangs erwähnten Erfahrungsgruppen so wichtig. Dort sollen sich Restaurantbetreiber:innen über konkrete Fragen austauschen und von jenen Gastronom:innen lernen können, die diese Hürde bereits genommen haben. Das Wissen ist da, aber bisher konnten noch nicht alle davon profitieren.

*Grosse Städte wie Zürich gelten diesbezüglich als relativ fortschrittlich. Aber wie wollen Sie eine Beiz auf dem Land erreichen?*

M. F.: Das ist wohl eine der grössten Herausforderungen für uns. Der Schritt aus der Bubble ist enorm wichtig. Wir möchten unbedingt auch Betriebe erreichen, die sich noch gar nicht oder nur wenig mit nachhaltiger Gastronomie auseinandergesetzt haben.

*Liegt das Interesse auf beiden Seiten?*

A. H.: Fakt ist: Man kann vor Tatsachen nicht einfach die Augen verschliessen. Die Gesellschaft wandelt sich. Zum einen wollen immer mehr Menschen wissen, woher ihr Essen kommt, zum anderen ist es auch auf dem Land nicht mehr zeitgemäss, keine fleischlose Alternative anzubieten. Ich bin deshalb der festen Überzeugung, dass auch Landgasthöfe und Bergrestaurants nachziehen werden.

*Und wenn die Gäste das gar nicht wollen?*

A. H.: Dieses Argument halte ich für überholt. Die Gastronomie kann mit ihrem Angebot auch mitsteuern, dass Menschen auch mal etwas Neues ausprobieren und statt einem Stück Fleisch ein pflanzenbasiertes Gericht wählen. Ich als Koch und Gastgeber sehe es als meine Aufgabe, meine Gäste auf solche Themen behutsam zu sensibilisieren.

M. F.: Dabei spielt die Kommunikation eine entscheidende Rolle. Manchmal hilft es, sich nicht «all vegan» auf die Fahne zu schreiben. Wir würden uns wünschen, dass es einfach normal wird, auch fleischlose Menüs im Angebot zu haben. Auch geht es nicht darum, einem Restaurant zu verbieten, sein beliebtes Schnitzel von der Menükarte zu streichen. Aber man braucht nicht zwingend noch zehn weitere Fleischgerichte auf der Karte.

*«Weniger ist genug», lautet auch eines der Mottos von «GastroFutura». Das erinnert mich an meine Besuche in Grotti, die meist nur zwei, drei Menüs auf der Karte stehen haben.*

M. F.: Ja, es wirkt wie ein Schritt zurück, aber in Wahrheit ist es der einzig richtige Weg nach vorne. Mehr Menüs auf der Karte bedeuten zum Beispiel auch mehr Zutaten, die ich lagern und schlimmstenfalls wegschmeissen muss. Das ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll.

A. H.: Suffizienz ist das Wort der Stunde. Immerhin landen noch immer 40 Prozent unserer Lebensmittel im Abfall. Gleichzeitig stehen an der Langstrasse in Zürich Menschen in einer Schlange, um gratis an Nahrungsmittel zu kommen, weil sie zu wenig Geld haben. Das ist doch absurd.



Sie haben Grosses vor: Muriel Fischer und Andi Handke wollen mit GastroFutura die Gastronomie revolutionieren.  
(Foto: Elio Donauer)

*Aber die Logik unseres Systems.*

A. H.: Eines, das eine grundlegende Veränderung benötigt.

M. F.: Vive la Gastronomie! Unser Slogan kommt nicht von ungefähr. Die Branche braucht einen strukturellen Wandel, eine Revolution.

## «Ein Tier von der Nase bis zum Schwanz zu verarbeiten, wird heute in Gastrobetrieben wieder häufiger praktiziert.»

Muriel Fischer

*Das hört sich ganz schön politisch an.*

A. H.: Essen ist hochpolitisch. In Zeiten, in denen über Ernährungsunsicherheit debattiert wird und die Klimakrise unser Wasser, unsere Böden und unsere Biodiversität bedroht, lässt sich das nicht leugnen.

*Müsste also die Politik stärker eingreifen?*

A. H.: Ich bin dagegen, irgendwas verbieten zu lassen. Mir ist es vor allem wichtig, dass man sich mit den Konsequenzen seines eigenen Handelns auseinandersetzt.

Gleichzeitig habe ich es satt, dass es Menschen gibt, die anscheinend ohne schlechtes Gewissen ein deutsches Masthuhn essen. Es kann mir niemand sagen, dass sie nicht wissen würden, wie diese Tiere leiden müssen und was so eine Produktionsart mit sich zieht, bevor das Huhn auf dem Teller landet.

*Vielleicht wissen sie es, aber die Pouletbrust eines Schweizer Freilandhuhns wäre ihnen zu teuer.*

A. H.: Aber man könnte statt dreimal pro Woche Billigfleisch einmal pro Woche Fleisch aus der Region essen. Das wäre nicht nur besser für das Tier, sondern auch für die eigene Gesundheit und die Umwelt. Hinzu kommt, dass es nicht ein Grundrecht ist, auf Kosten anderer zu konsumieren – egal, ob bei einem Stück Fleisch oder einer Mango, die mit dem Flugzeug aus Südamerika eingeflogen wird. Das gilt sowohl für Konsumierende im Privaten als auch in der Gastronomie.

M. F.: Früher war Fleisch ein Luxusgut: Man hat alles vom Tier verwendet, nichts weggeworfen. Ein Tier von der Nase bis zum Schwanz zu verarbeiten, wird heute in Gastrobetrieben wieder häufiger praktiziert.

*In Zürich werden solche Gastro-Erlebnisse oft teuer angepriesen. Führt ein solcher Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit in der Branche nicht auch dazu, dass am Schluss nur noch Menschen mit einem dicken Portemonnaie auswärts essen gehen können?*

A. H.: Ist das nicht jetzt schon so? Aber ja, ich sehe Ihren Punkt. Tatsächlich ist es momentan – zumindest in der Stadt Zürich – so, dass pflanzenbasiertes Essen in Restaurants oft sehr teuer ist. Zu Unrecht, wie ich finde, denn eigentlich müssten fleischlose Menüs gar nicht immer so «fancy» und speziell sein, sondern könnten auch einfach, günstig und gut daherkommen. Etwas weniger elitär und zugänglicher.

M. F.: Genau deshalb ist der niederschwellige Austausch zwischen den Gastronom:innen auch so wichtig. Die einen haben sich damit vielleicht bereits beschäftigt oder ihre Menükarte umgestellt

und können diese Erfahrungen nun mit anderen Interessierten teilen.

*Werden Ihre Angebote die teilnehmenden Gastronom:innen etwas kosten?*

M. F.: Noch ist alles kostenlos, da wir uns noch im Pilotjahr befinden. Danach sind ein jährlicher Mitgliederbeitrag und allfällige weitere Kosten für Beratungen angedacht. Momentan wird unsere Arbeit vom Migros-Pionierfonds ermöglicht, der uns beim Aufbau der Plattform unterstützt.

*Die Stadt Zürich hat vergangenen Monat eine Charta lanciert, die ein ähnliches Ziel verfolgt wie Ihr Projekt: Die Gastronomie in der Stadt soll nachhaltiger werden. Sie sehen sich aber nicht als Konkurrenz, nehme ich an?*

M. F.: Tatsächlich waren wir bei der Lancierung dabei. Deshalb sind wir der Charta grundsätzlich sehr positiv eingestellt. Die Kräfte zu bündeln, hat noch nie geschadet.

*Die Pilotphase wird noch bis kommenden November andauern. Was passiert, wenn Sie merken, dass das Interesse seitens der Branche für ein solches Netzwerk doch nicht vorhanden ist?*

M. F.: Ich bin davon überzeugt, dass die Zeit für eine zukunftsfähige Gastronomie reif ist – und dass das mittlerweile auch die Betriebe bemerkt haben. Dass seit dem Aufschalten der Webseite Anfang April bereits einige Gastronom:innen und Restaurants bei uns angeklopft haben, bestärkt dieses Gefühl.

A. H.: Wir brauchen eine Veränderung. Ich glaube fest daran, dass dies gelingen kann, wenn viele am gleichen Strick ziehen. «Zäme isch besser», lautet die Devise.

# Europa – vom Zweiten zum Dritten Weltkrieg? Oder Frieden jetzt!

Beitrag zur Debatte zum Thema «Die Linke und der Krieg» beziehungsweise zum Artikel von Cédric Wermuth im P.S. vom 24. März und der Replik von Kurt Seifert im P.S. vom 31. März

Aus der Geschichte: UNO-Charta, 24.10.1945, Präambel: «Wir vereinen unsere Kräfte für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit.» Albert Einstein – Sorge um den Weltfrieden: «The war is won, but peace is not.» 1945 schlug er die Bildung einer Weltregierung vor. Sein Traum von einer Welt ohne Kriege und Konflikte. Winston Churchill: 19. September 1946, historische Rede Aula Uni Zürich: «Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten.» Konrad Adenauer und Charles de Gaulle: Am 22. Januar 1963 unterzeichneten Charles de Gaulle und Konrad Adenauer im Élysée den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Charles De Gaulle hat 1966 verlangt, dass die Nato bis 1967 ihre Militärbasen aufheben muss, Grund: Angriff auf Libanon von Frankreich ohne sein Wissen. Sein Ziel: «Europa vom Atlantik bis zum Ural.»

Michail Gorbatschow empfing am 10. Februar 1990 Helmut Kohl und empfahl ihm den Beitritt der DDR zur BRD, Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Er hat die UdSSR mit dem Warschauer Pakt aufgelöst, Raissa und Michail Gorbatschow wünschten, dass die Nato auf Osterweiterungen verzichtet. Sein Traum: «Europa ist ein gemeinsames Haus.»

Wladimir Putin, Rede im Deutschen Bundestag am 25. September 2001 (viel Beifall): «Ich bin überzeugt, wir schlagen heute eine neue Seite in der Geschichte unserer bilateralen Beziehungen auf und wir leisten damit unseren gemeinsamen Beitrag zum Aufbau des europäischen Hauses.» Nikolai Asarow, Ministerpräsident bis Ende 2015, zum Maidan: «Ohne Hilfe der USA hätte es keinen

## «Wir vereinen unsere Kräfte für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit.»

UNO-Charta, Präambel

Staatsstreich gegeben.» Seit 1991 ist Ukrainisch einzige Amtssprache. Kiew ignorierte das Minsk-II-Abkommen vom Februar 2015 – Verabschiedung einer Verfassungsreform bis Ende 2015 mit Dezentralisierung von Donezk und Lugansk. Die Freihandelsabkommen Ukraine/EU und Ukraine/Russische Föderation, Verhandlungen sollten gleichzeitig in Kraft treten. Die EU hat dreiseitige Gespräche komplett abgelehnt.

Wladimir Putin: Am 17. Dezember 2021 liess Russland der Nato und den USA jeweils einen Vertragsentwurf zukommen, der Sicherheitsgarantien für beide Seiten rechtsverbindlich festlegen sollte. Die USA und die Nato haben diesen Vertragsentwurf ignoriert. Jack Rasmus, Professor an der Santa Clara University und am Saint Mary's College in Kalifornien, publizierte am 7. Februar 2022 in «The World Financial Review» und in seinem Blog den Artikel «10 Reasons Why US May Want Russia to Invade Ukraine». Kriegsbeginn: Am 24. Februar 2022 begann die Invasion, die auf das gesamte Staatsgebiet der Ukraine zielte und den seit 2014 schwelenden russisch-ukrainischen Krieg eskalieren liess.

Ex-Premierminister Bennett, Israel – Waffenstillstandsabkommen gescheitert: Im März 2022 hat er Präsident Putin in Moskau besucht. Selenskyj, Putin, die deutsche und französische Regierung wollten verhandeln. Boris Johnson und Präsident Biden haben abgeblockt. Chinesischer Friedensplan: Frau von der Leyen und Herr Macron besprechen in China den Friedensplan. Die EU muss sich von der Nato verabschieden und auf der Weltbühne selbstständig auftreten.

## Verhandeln und Frieden: jetzt!

Wir Europäerinnen und Europäer müssen das furchtbare Leiden der ukrainischen Zivilbevölkerung sofort beenden. Die Flüchtlinge im In- und Ausland, vorwiegend Frauen mit ihren Kindern, haben Angst, dass ihre Ehemänner und Väter im Krieg sterben. Mein grosser Wunsch:

1. Nächste Woche vereinbaren die Kriegsparteien am UNO-Sitz in Genf einen Waffenstillstand, der sofort in Kraft tritt und von Blauhelmen der neutralen Staaten Finnland, Österreich, Schweden, Schweiz überwacht wird.

1.1. Alle europäischen Nato-Mitglieder erklären, dass sie ab sofort ab ihrem Territorium keine Angriffe auf andere Staaten akzeptieren, mittelfristig aus der Nato austreten und der gemeinsamen europäischen Friedens- und Verteidigungsarmee beitreten.

1.2. Die USA, die Nato und die Russische Föderation vereinbaren mit der gemeinsamen europäischen Armee Frieden und Sicherheit.

2. Die Friedensvereinbarung tritt vor Ende Juni 2023 in Kraft.

2.1. Die EU realisiert ihren strategischen Kompass für die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik 2030 sofort, damit neutrale Staaten sofort beitreten können.

2.2. Die Russische Föderation zieht ihre Truppen, begleitet von den Blauhelmen, aus sämtlichen Oblasts ab und anerkennt die territoriale Integrität der Ukraine.

## 2.2. Die Russische Föderation (...) anerkennt die territoriale Integrität der Ukraine.

2.3. Die USA akzeptiert, dass ihre Truppen ab Europa keine Kriegsangriffe starten, und zieht ihre Truppen, begleitet von Blauhelmen, mittel- bis langfristig aus Europa ab.

2.4. Die Russische Föderation nutzt den Hafen in Sewastopol weiterhin nur für nicht-militärische Zwecke.

2.5. Das Gemeinsame Europäische Haus (wichtige Ergänzung zur OSZE) garantiert Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen.

2.6. Mit der Unterzeichnung der Friedensvereinbarung am UNO-Sitz in Genf entfallen alle Sanktionen gegen die Russische Föderation, juristische und natürliche Personen.

3. Frieden und Wohlstand in der Ukraine.

3.1. Die Ukraine erklärt sich neutral, tritt der EU und der gemeinsamen europäischen Friedens- und Verteidigungsarmee bei.

3.2. Die Ukraine mit ihren 27 Oblasts, ihren vielen Ethnien und wertvollen Kulturen führt das Zwei-Kammern-System ein und überträgt ihren Regionen (Oblasts) mehr Selbstbestimmung und Verantwortung.

3.3. Sehr wichtig zur aktuellen Amtssprache Ukrainisch sind zusätzliche Amtssprachen Russisch, Krimtatarisch usw. Sie schützen gegen Diskriminierung und fördern den Zusammenhalt.

4. Die Russische Föderation, die EU und USA finanzieren mit je 1/3 den Marshall-Plan zum Wiederaufbau sämtlicher zerstörten Infrastrukturen in der Ukraine.

5. Nie mehr Krieg! Albert Einsteins Wunsch – Weltregierung – erfüllen.

Die EU beantragt der UNO-Generalversammlung die Weltregierung anstelle des Sicherheitsrates. Weltfrieden und internationale Sicherheit JETZT! Die ukrainischen Frauen und Kinder freuen sich auf die Heimkehr zu ihren Ehemännern und Vätern.

Willi Herrmann

# Die Linke und der Krieg

Im P.S. vom 31. März replizierte Kurt Seifert auf einen Text von Cédric Wermuth. Der Co-Präsident der SP Schweiz hatte sich für die Unterstützung der Ukraine ausgesprochen und konstatiert, dass auch die ukrainische Linke der militärischen Verteidigung absolute Priorität beimesse. Hinzu komme der imperialistische Charakter von Putins Krieg. Ich teile diese Haltung. Dabei geht es aber nicht – wie Kurt Seifert Wermuth vorwirft – um die Förderung einer «wohlwollenden Hegemonie» unter Führung der USA. Es geht um Frieden und Freiheit in Europa, und damit auch um unsere Zukunft.

Deshalb muss auch die Wiederausfuhr von Schweizer Rüstungsgütern möglich sein, wenn eine Verletzung der UNO-Charta vorliegt. Natürlich ist dies nicht der entscheidende Beitrag der Schweiz zur Beendigung des Angriffskrieges. Unsere Aufgabe ist es, endlich die Finanzierung der russischen Kriegsmaschinerie zu stoppen und uns aus der Abhängigkeit von russischem Öl und Gas zu befreien. Doch die Frage der Wiederausfuhr ist von grosser symbolischer Bedeutung, nicht zuletzt für die hier lebenden Ukrainerinnen und Ukrainer. Seit dem 24. Februar 2022 war ich an der Koordination und Organisation der nationalen Friedensdemonstrationen für die Ukraine beteiligt – eine letzte Demonstration fand Anfang März in Bern statt, kurz nach dem Jahrestag der Invasion. Immer wieder stand ich mit meinen Mitorganisator:innen ukrainischer Herkunft in Kontakt, spürte ihre Verzweiflung und schämte mich für das Nichtstun der rechten Mehrheiten in Bundesbern.

Umso unbegreiflicher war und ist für mich die Haltung eines (kleinen) Teils der SP-Fraktion und unseres Bundespräsidenten Alain Berset. Berset sprach vor einigen Wochen von einem «Kriegs-

## Es liegt nicht drin, aus der warmen Stube den Ukrainer:innen Belehrungen zu erteilen.

rausch», den er mit der Situation kurz vor dem Ersten Weltkrieg verglich; Kurt Seifert schreibt von «immer lauterem bellizistischen Tönen» auch bei Linken und Grünen. Diese Vorwürfe sind so beleidigend wie falsch. Niemand – ausser Putin und seiner Gefolgschaft – will diesen Krieg. Und zwischen Frühling 2023 und Sommer 1914 gibt es kaum Parallelen. Angebracht ist es, in die 1930er-Jahre zurückzublicken.

### Kampf gegen den Faschismus

Aus linker Perspektive denke man an den Spanischen Bürgerkrieg 1938–1939: einen wichtigen Moment des Widerstandes gegen den Faschismus. Im Sommer 1936 putschten in Spanien rechts-extreme Generäle gegen die gewählte Volksfrontre-

gierung. Angesichts der faschistischen Bedrohung war die weltweite Solidarität mit der spanischen Linken gross. Zehntausende von Freiwilligen reisten nach Spanien, um der Republik beizustehen. Darunter waren auch über 800 Schweizer:innen. Trotz des Widerstands ging der Bürgerkrieg verloren, bis in die 1970er-Jahre herrschte in Spanien die franquistische Diktatur.

### «Züüg» für den Widerstand

Es ist bald 30 Jahre her, da war ich Mitglied der Stadtzürcher Juso. Wir pflegten regelmässigen Austausch mit älteren Genoss:innen. Einige von ihnen waren in Spanien gewesen, bewaffnet, als medizinisches Personal oder für das 1936 gegründete Schweizerische Arbeiterhilfswerk. Die Frage, ob Krieg in gewissen Situationen ein legitimes Mittel ist, hat sich für mich nie gestellt. Diese Genoss:innen haben uns genug erzählt. Sie berichteten uns auch davon, wie sie «Züüg» für die Résistance nach Frankreich geschmuggelt hätten. Gesagt wurde es nicht, aber es war klar, was mit «Züüg» gemeint war: Waffen und Munition. Kurt Seifert wirft mit Bezug auf die deutsche Grüne Antje Vollmer die Frage auf: «Gibt es denn keine andere Logik als die Logik der Waffen?» Ja, manchmal gibt es nur die Logik der Waffen – und dann ist es naiv oder auch bewusst irreführend, etwas anderes zu behaupten. Wie Bertolt Brecht es in der «Heiligen Johanna der Schlachthöfe» festgehalten hat: «Es hilft nur Gewalt, wo Gewalt herrscht, und es helfen nur Menschen, wo Menschen sind.»

Es wird wohl niemand davon ausgehen, dass man Hitler und Mussolini ohne Einsatz von Waffengewalt hätte schlagen können. Hier gilt es, einen weiteren Irrtum aufzunehmen, der zu oft unwidersprochen kolportiert wird: Die SP sei eine pazifistische Partei. Natürlich gab es in der Partei immer auch Pazifist:innen, früher wie heute. Aber die Sozialdemokratie ist keine pazifistische, sondern eine antimilitaristische Bewegung. Schon immer hat sie sich gegen Kriegstreiberei, Aufrüstung und militärische Unterdrückung gestellt – als Zeichen dafür steht noch heute die Forderung nach Abschaffung der Armee im Parteiprogramm. Aber wenn es nötig war, haben Sozialdemokrat:innen immer auch die bewaffnete Not- und Abwehr befürwortet, in den 1930er und 1940er Jahren ebenso wie heute. Mit «Kriegsrausch» hat das nichts zu tun. Es gibt nichts Schlimmeres als den Krieg. Aber umso weniger liegt es drin, aus der warmen Stube den Ukrainerinnen und Ukrainern Belehrungen zu erteilen oder sich gar von ihnen abzuwenden. Vergessen wir unsere eigene Geschichte nicht!

Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin SP Schweiz

Buchtipp: Ralph Hug: **St. Gallen – Moskau – Aragón**. Das Leben des Spanienkämpfers Walter Wagner, 2007 (Rotpunktverlag).

*Entgegnung zu Kurt Seiferts Replik («Die Linke und der Krieg») im P.S. vom 31. März auf Cédric Wermuths Artikel im P.S. vom 24. März*

### Die Ukraine nicht im Stich lassen

Wenn zwei Kinder auf dem Pausenplatz balgen, ist es allenfalls angebracht, sie zu Verhandlungen aufzufordern. Wenn ein 22-Jähriger einen 12-Jährigen niederschlägt und das am Boden liegende Kind weiter mit Fusstritten traktiert, erscheint eine Aufforderung zu Verhandlungen wenig adäquat. Was genau soll das 12-jährige Opfer verhandeln? Wie lange es vom Aggressor noch gequält werden darf? Dass die Fusstritte nur noch gegen den Bauch und nicht mehr gegen den Kopf gezielt werden sollen? In einer solchen Situation sind nicht Verhandlungen angebracht, sondern ein Eingreifen, welches den Aggressor daran hindert, weiterhin Gewalt auszuüben, und gleichzeitig das Opfer schützt.

Beim Krieg in der Ukraine hat sich inzwischen auch bei der Linken die Erkenntnis durchgesetzt, dass Russland der Aggressor und die Ukraine das Opfer ist. Trotzdem, so Kurt Seifert in seiner Replik (P.S. vom 31.3.2023), wäre es falsch, in dieser Situation an der Seite der Ukraine zu stehen. Stattdessen gehe es darum, sich Gedanken über das Ende der imperialen Ordnung zu machen. Mit Verlaub, das ist verlogen. Ein Aggressor muss zuallererst davon abgehalten werden, das Opfer weiter zu misshandeln. Das ist schlicht ein Gebot der Menschlichkeit.

## Mit Verlaub, das ist verlogen. Ein Aggressor muss zuallererst davon abgehalten werden, das Opfer weiter zu misshandeln.

Weil die westlichen Staaten, aus einigermaßen nachvollziehbaren Gründen, nicht direkt in den Krieg eingreifen wollen, zielen deren Handlungen einerseits darauf ab, Russlands Möglichkeiten der Kriegsführung in der Ukraine zu behindern (mit Sanktionen etc.), andererseits darauf, die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine mit Waffenlieferungen zu verbessern. Verlogen ist ein Aufruf zu Verhandlungen in einer solchen Situation, weil man auf diese Weise zu erkennen gibt, dass man die Benennung Russlands als Aggressor nicht ernst nimmt und entsprechend handelt. Man bezeichnet Russland nur deshalb als Aggressor, weil dies konform ist.

Seiferts Replik ist kein Beitrag für den Frieden, sondern ein Aufruf zum Wegschauen mit der Folge, dass die Verbrechen der russischen Armee ignoriert werden und die Ukraine im Stich gelassen wird.

Benno Luthiger, Zürich

# Annea Lockwood? Graciela Paraskevaïdis? ...

## Samstag, 15. April

8.30 SWR: «**Vom Widerstand zum Atomausstieg.**» Gábor Paál im Gespräch mit Joachim Radkau. Fortsetzung der Sendung von gestern Freitag über die Epoche der Kernenergie in Deutschland. 2023 gehen dort – wahrscheinlich – die letzten Meiler vom Netz.

11.00 DLF: «**Baustelle für Gerechtigkeit.**» Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag. Reprise eines Beitrags von Kerstin Schweighöfer aus der Reportage-Reihe Gesichter Europas. Produziert 2022. Gleichzeitig bei SRF 2 die «Musik für einen Gast» mit Ugona Vitus Nwosu, Priester im Untergoms und Stürmer beim FC Ernen.

17.00 SWR: «**Zeitgenossinnen.**» Stefanie Stahl, Psychologin, aber auch Bestsellerautorin, YouTuberin und vieles mehr. Obschon sie sich selbst als «freizeitorientiert» bezeichnet.

19.00 SWR: «**Bombensache.**» ARD-Radio-Tatort von Ben-Alexander Safier. In einem Paket sind nicht die erwarteten Schuhe...

20.00 SRF 2: «**Passion.**» Hörstück von Winfried Roth. 1993 nach Motiven des Romans «Die Karwoche» von Jerzy Andrzejewski produziert. Warschau 1943 unter der Naziherrschaft. Von den einst fast 400000 Jüdinnen und Juden sind noch einige Zehntausend im Ghetto eingeschlossen, als eine neue Deportationswelle beginnt. Doch diesmal wird Widerstand geleistet. Auf den 19. April 1943 ist der Beginn des letzten Aktes angesetzt und in einem deutschen Bericht stand danach, «nur durch den ununterbrochenen und unermüdeten Einsatz sämtlicher Kräfte» sei es gelungen, «56065 Juden zu erfassen beziehungsweise nachweislich zu vernichten.» Parallel dazu beim DLF: «Silence Deluxe» – eine Radio-Oper von Wittmann/zeitblom. «Stellen sie sich vor, es gibt einen Blackout und die Leute feiern friedlich! So geschehen 2003 in New York. Vielleicht macht erst ein Blackout Zukunft überhaupt wieder möglich?»

21.00 SRF 2: «**Musik unserer Zeit.**» Klangerforschung und intensives Hören. Gabrielle Weber über Annea Lockwood. Das umfangreiche Oeuvre der 82jährigen Neuseeländerin drehe sich um «die Kraft der Natur und unsere Verbindung zu ihr».

22.00 DLF: «**Aufstand im Klang.**» Eine mögliche bessere Welt in Graciela Paraskevaïdis' Pero están. Tina Vogel stellt das Werk vor. Im Januar 1994 erhob sich in Mexiko ein Teil der indigenen Bevölkerung zum Aufstand für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und basisdemokratische Selbstbestimmung, und die argentinische Komponistin nahm zapatistische Impulse «einer gemeinschaftlichen Neuausrichtung im Zusammenleben von Menschen» auf. Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur die Jazztime: «Unvermindert aktuell.» Der Pianist Herbie Nichols. Und nach 23 Uhr folgt hier: «Interstitial Spaces.» Hörstück von Martin Brandlmayr.

23.00 DLF: «**Künstlerin, Naturforscherin, Weltreisende.**» Halina Dyrschka

führt durch die Lange Nacht über Maria Sibylla Merian. Vielen ist nicht einmal ihr Name bekannt, obwohl ihre bemerkenswerten Lebensgeschichte exemplarisch



zeigt, was eine Frau im 17. Jahrhundert erreichen und bewirken konnte. Zentral war in ihrer Arbeit die Erforschung der Insektenwelt, wie sich etwa eine Raupe zum Schmetterling wandelt. Ein Jahrhundert vor Alexander von Humboldt war sie als Forscherin allein in Surinam unterwegs.

## Sonntag, 16. April

8.30 SWR 2: «**Insektensterben.**» Ursachen und Lösungen. Science Talk mit Lars Krogmann, wissenschaftlicher Direktor des Naturkundemuseums Stuttgart.

9.30 DLF: «**Schreiben nach KI.**» Artificielle und postartificielle Texte. Essay von Hannes Bajohr.

11.00 SRF 2: «**Zwei mit Buch.**» Die Jagd nach Einsteins Genialität: Franzobels neuer Roman.

14.00 SWR: «**Kein Moment der Stille macht dasselbe Geräusch.**» Der Tonmetz Yann Paranthoën. Porträt eines vom Klang Besessenen. Feature von Nathalie Singer. Er schuf für Radio France legendäre Ton-Dokumentationen: Über die Bretagne, seinen Vater, die Tour de France...

15.00 SRF 2: «**Shirin Ebadi. Friedensnobelpreisträgerin.**» Feature von Renate Maurer. Sie ist eine der ersten iranischen Richterinnen, hat davor zwei Jahrzehnte lang Kinder, Frauen und Regimegegner:innen verteidigt. 2003 wurde sie als erste muslimische Frau mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Als die Autorin mit



für dieses Feature im vergangenen Herbst die 75-Jährige zu ihrem Leben befragte, sassen die Mullahs noch fest im Sattel. Und doch liessen Ebadis Erinnerungen und Analysen wenig Zweifel, dass ein Aufstand nur eine Frage der Zeit war.

16.30 DLF: «**Psychisch krank hinter Mauern.**» Massregelvollzug braucht eine Reform. Martin Hubert in Forschung aktuell.

18.20 SWR: «**Die Causa Jeanne d'Arc.**» Berichterstattung nach Akten und Protokollen aus den Jahren 1431 und 1456. Schluss des Doku-Stücks von Kai Grehn.

20.00 DLF: «**Morrissey kam nur bis Gummersbach.**» Der Soundtrack meines Lebens. Manuel Gogos mit Erinnerungen an die Postpunk- und Independentszene.

23.00 SWR: «**Ich träumte ja nur.**» Von sanfter Berührung zwischen zwei zarten Hautoberflächen. Radioessay von Frederike Moormann. In fünf Episoden werde hier eine lückenhafte Topologie von Orten des Begehrens entworfen – «einem queeren, weiblichen» Begehren.

## Montag, 17. April

8.30 SWR: «**Von Chlorgas bis Nowitschok.**» Marten Hahn über chemische Kampfstoffe.

14.00 SRF 1: «**Hunkeler in der Wildnis.**» Folge drei der Krimiserie von Hansjörg Schneider.

15.00 SWR: «**Der ökologische Handabdruck.**» Von den Mühen, andere zum Klimaschutz anzustiften. Reprise einer Betrachtung von Renate Dobratz. Zwar eine Reprise aus dem Jahr 2020; aktuell nach wie vor. Siehe auch Tipps für Dienstag und womöglich Donnerstag, jeweils 8.30 Uhr!

15.30 SWR: «**Der Fleck an der Wand.**» Kurzgeschichte von Virginia Woolf. Entnommen der Anthologie «Prosaische Passionen: Die weibliche Moderne in 101 Short Stories». An den folgenden Tagen sind in «Fortsetzung folgt» weitere Beispiele zu hören.

## Dienstag, 18. April

8.30 SWR: «**Radikalisierte Umweltbewegung.**» Öko-Aktivismus in der Akzeptanzfalle. Ernst-Ludwig von Aster zur Wirkung von «Extinction Rebellion», «Letzte Generation» oder «Ende Gelände». Wo sieht die Protestforschung dazu Parallelen, wo Unterschiede?

15.00 SWR: «**Früher oder später.**» Emrahs Leben nach der Abschiebung. Johanna Bentz hat sein Ankommen und Nichtankommen in der fremden serbischen Heimat begleitet. Jahre später besuchte sie ihn ein zweites Mal.

19.15 DLF: «**Die Mauerspringer.**» Einmal Westberlin und zurück. Feature von Dieter Wulf. Sturm und Mücke, 17 und 18, wohnen im Potsdamer Grenzgebiet, und eines Nachts im April 1971 springen sie unentdeckt über die Mauer. Es ist eine spontane Aktion, und am nächsten Abend klettern sie an gleicher Stelle wieder zurück in die DDR. Dann hört die Stasi die Gerüchte von diesem unglaublichen Jugendstreich. Da der Onkel des einen im Politbüro sitzt, darf niemand etwas erfahren. Der nächtliche Ausflug wird zum Staatsgeheimnis.

20.00 DLF: «**Sie müssen jetzt gehen, Frau Mühsam.**» Hörspiel von Irina Liebmann. 1982 produziert vom Rundfunk der DDR. Berlin, Juli 1934. Am Tag der Beerdigung des Dichters Erich Mühsam, der wenige Tage zuvor im KZ Oranienburg erschlagen wurde, betritt seine Witwe Kreszentia das Café Adler am Wittenbergplatz. In einer Stunde geht ihr Zug nach Prag. Dorthin wollte Erich schon 1931 fliehen – an dem Tag, als die Nazis ihn abholten. In ihrer Abschiedsstunde kommt Kreszentia mit einer jungen Kellnerin ins Gespräch, die Erich Mühsam gut kannte.

21.00 SWR: «**Abschied vom Alpenglühen.**» Dirk Wieschollek zur Transformation der Zither in der Neuen Musik. Und bei SRF 2 eine «Jazz Collection» über Damon Albarns eigentümliches Klanguniversum.

## Mittwoch, 19. April

10.00 DLF: «**Lebensqualität bis zum Schluss.**» Live aus einem Tageshospiz der Caritas in Baden-Württemberg.

15.00 SWR: «**Und was machen Deine Eltern?**» Sara zur Geschichte einer «Klassenreise».

20.00 SRF 2: «**Musik unserer Zeit.**» Heute eine Archivperle von Lou Harrison. Danach folgt neue Musik im Konzert: «Ensemble Phoenix Basel.» Gleich drei Uraufführungen!



21.00 DLF: «**Die Bombe der postmigrantischen Gesellschaft.**» Der Comedian Benaissa Lamroubal. Porträtiert von Kolja Unger.

## Donnerstag, 20. April

8.30 SWR: «**Wenn das Aufschieben zum Problem wird.**» Silvia Plahl über Prokrastination.

15.00 SWR: «**Der schwarze Kaiser.**» Josef aus Speyer und seine Geschichte. Erzählt nach Gesprächen mit der 96-jährigen Witwe des 1991 verstorbenen NS-Opfers.

20.00 DLF: «**Systemfragen.**» Anschließend der Schlussteil von «Searching Blanka.» Auschwitz überlebt, ermordet in Frankfurt. Recherche von Marina Schulz und Fabian Janssen.

## Freitag, 21. April

8.30 SWR: «**Mit Musik gegen Rassismus.**» Julia Neupert über die Jazz-Ikone Nina Simone.

10.00 DLF: «**Und was mache ich jetzt?**» Der Renteneintritt und die Sinnfrage.

15.00 SWR: «**Zwischen Objektivität und Aktivismus.**» Wenn Bürger:innen Journalist:innen werden. Feature: Marc Bädorf.

20.00 DLF: «**Ruth, Robert, René.**» Eine Künstlerfamilie in Ostberlin. Feature von Ulrike Bajohr. Brüche, Durchbrüche... SRF 1 bietet «Die Schellacks» von David Zane Mairowitz als Reprise zum 80. Geburtstag des vielseitigen Radiomachers. Und bei SRF 2 fragt Noëmi Gradwohl in der Wiederholung einer «Passage»-Sendung: «Wie die Shoah ins Gedächtnis rufen, wenn niemand mehr spricht?» Nochmals zu hören am Sonntag nach 15 Uhr.

**DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

## Sinnspiel

**In zwischen Hintersinn und Absurdität mäandernden Szenen blickt Felix Tissi aufs Leben.**

Eine Blumenfrau (Julia Brendler), die ob der hoffnungsfrohen Freude ihrer Kund:innen beim Blumenkauf in Depressionen verfällt. Ein weit über das Pensionsalter hinaus praktizierender Arzt (Hans Diehl), der vor Mitleid mit seinen Patient:innen, noch bevor er sie behandeln kann, in Tränen ausbricht. Ein Paar (Sandro Di Stefano und Hiltrud Hauschke), das sich trotz seines hohen Alters und der langjährigen Verbindung für keinen einzigen Augenblick voneinander zu trennen bereit ist und dann doch unvermittelt wagemutige Neuentdeckungen wagt. Zwei Autofahrer (Uli Krohm und Vilmar Bieri), die nach ihrem Zusammenstoss viel lieber über Einsamkeit im Alter und Freundschaften in der anonymen Stadt fabulieren, als sich um ihre eigene Rettung, geschweige denn die Schäden an ihren Fahrzeugen zu interessieren. Ein entlassener Sträfling (Bodo Krumwiede), dessen Zukunft von der Zustellung eines Schreibens abhängt, das Haus um den betreffenden Briefkasten aber nurmehr ein Trümmerhaufen ist, was auch den Zustellboten über Gebühr herausfordert. Ein sich bis nahe des Dichtestresses füllendes Fumoir im Spital und zwei Totengräber (Jens Wach-



holz und Gottfried Breitfuss), die davon träumen, anstelle ihrer Klient:innen auch endlich einmal nur noch ruhen zu dürfen. Sogar der Tod (Marcus Schäfer) ist ein Gewerkschafter der renitenten französischen Art.

«Aller Tage Abend», also das Gegenteil der üblichen Ermutigung zum Frohsinn, nennt Felix Tissi seinen im Humor sehr nordisch wirkenden Tableaufilm. Die Szenen sind vordergründig, also auf der Leinwand abgebildet, extrem unspektakulär und in ihrem Witz ebenso knochentrocken. Dass Felix Tissi damit letztlich natürlich das Gegenteil, also die Lebenslust und -freude feiert, ist naheliegend, respektive erschliesst sich von allein. Denn aus einem Fünkchen Veränderung oder Aussicht oder Wagemut erwächst sämtlichen Figuren eine Motivation für die Abkehr von ihrem Trott. *froh.*

«Aller Tage Abend» spielt im Kino Houdini.

## Verharren

**Ein Familienvater kämpft im zerbombten Damaskus gegen die Unabänderlichkeit.**

Spätestens als ein Mörserbeschuss die Aussenwand weggerissen hat, und das ist bereits sehr früh in Soudada Kaadans «Nezouh» der Fall, nimmt die Absurdität der Gemengelage überhand. Vater Motaz (Samir al-Masri) unternimmt alles, damit «seine Frauen», die Gattin Hala (Kinda Alloush) und die Tochter Zeina (Hala Zein), trotzdem vor männlichen Blicken geschützt sind. Ohne Strom und fliessend Wasser in einer Stadtwohnung zwischen den Fronten verharren, ermöglicht es ihm weitestgehend, eine sogenannte Normalität zu simulieren. Er ist der Beschützer, das Familienoberhaupt, hauptsächlich verantwortlich. Sogar einen Brautwerbebesuch mit den Eltern eines Nachbarn bekommt er noch organisiert.

In seiner euphorischen Imagination entgeht ihm indes, dass sich «seine Frauen» zusehends von ihren angestammten Rollen, ergo auch den darum gezogenen Grenzen, zu emanzipieren beginnen. Nicht, dass sie ihn offen belächelten, aber als der nächste Raketenangriff droht und die zurückgebliebenen Revolutionäre sie richtiggehend anflehen, durch den Tunnel auf die sichere Seite der Stadt zu flüchten, obsiegt der Frauen Realitätssinn



gegenüber seinem grosszügig ausgemalten, aber halt illusorischen Wunschdenken. Mit dem Nachbarsjungen Amer (Nizar Alani), der sich im verlassenen Medienzentrum mit technischem Equipment eingedeckt hat, verbrachte die Tochter Zeina bereits die letzten Nächte auf ihrem Dach, derweil der Sternenhimmel und die projizierten Bilder miteinander wetteiferten, wessen Suggestionskraft für Freiheit, Weite und Sorglosigkeit den grösseren Eindruck auf die junge Frau verüben würde. Und Amer hoffte natürlich darauf, dass etwas von diesem Glanz auf ihn abfiele. Er und eine Film-drohne sind es auch, die Hala und Zeina auf ihrem Irrlauf den Fluchtweg weisen und Motaz muss plötzlich schauen, wo er bleibt. Denn sein Plan A ist grandios gescheitert. Ein Plädoyer gegen jede Leichtfertigkeit von Fluchtgründen. *froh.*

«Nezouh» spielt im Kino Houdini.

## Gottesfurcht

**Wer den Glauben ausserhalb der Norm sucht, muss dem Teufel vom Karren gefallen sein.**

Ein Walliser Bergdorf im 19. Jahrhundert wird in Carmen Jaquiers «Foudre» zum Tatort. Innocence (Léa Gigon) ist tot, ihr Leichnam darf nicht in geweihter Erde ruhen. Ihre jüngere Schwester Elisabeth (Lilith Grasmug) steht kurz vor der Profess, als sie wieder heimgeschickt wird, weil dort jetzt zwei anpackende Hände fehlen. Vater (François Revaclier) und Mutter (Sabine Timoteo) verlieren wie auch sonst niemand im Dorf kein Wort über die Vorgeschichte. Die Furcht vor der Hölle und das karge bäurische Dasein sind Prüfung genug, da brauchts nicht auch noch grüblerische Gedanken.

«Foudre» zementiert einen Zeitgeist zum Erstickten, dem Innocence mittels einer als schändlicher Glaubensverirrung abgekanzelten Erlösernähe zu entfliehen suchte. Elisabeths erste



Reaktion darauf ist Schuld: «Hab ich zu wenig gebetet? Oder falsch?» Ihre kindlichen Geschwister sind noch fern von einer umfassenden Gottesfurcht, während diese ihre Eltern längst verhärtet hat. Gerade weil für Innocence kein Weg mehr aus dem Fegefeuer führt, unterjochen sich die Eltern dem Glauben umso mehr. Schliesslich war es ihr Kind, das ein so schändliches Beispiel abgab und wer weiss, welche Strafe dafür vorgesehen ist. Erst nach und nach beginnt Elisabeth Zusammenhänge zu erkennen. Die Dorfjungs stellen ihr auf der Alp, bald aber auch auf ihren alltäglichen Routinewegen nach. Sie entdeckt Innocences bestgehetetes Geheimnis eines eigenhändig gefertigten Büchleins, dem sie ihr Erweckungserlebnis und die danach logisch folgen müssende Konsequenz anvertraut hatte. Ihr Weg zu Gott war ein überaus fleischlicher und gefühlt, näherte sie sich damit der Seligkeit mit grossen Schritten. Einfach, dass alle um sie herum darin die exakt gegenläufige Entwicklung sahen und vor lauter Furcht vor dem Zorn Gottes nur noch die eigene Seelenrettung im Sinn hatten. Elisabeth erkennt darin eine proto-feministische also häretische Annäherung an eine Befreiung. *froh.*

«Foudre» spielt im Kino Houdini.

# An dieser Stelle #3: Unbegrenzt und unbezahlbar

Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten scheint mir vieles unmöglich. Das jedenfalls ist ein vorläufiges Fazit, das ich in der Hitze einer Sauna für mich formulierte (und ich möchte darauf hinweisen, dass man hier in meiner Ecke von Amerika im Badeanzug in die Sauna geht, weshalb ich sie überhaupt besuche, was ich sonst nicht machen würde, wie ich einmal in dieser Kolumne erwähnte, woran sich einige allenfalls noch erinnern). Es war nämlich so, dass ich nach dem Schwimmen im öffentlichen Hallenbad eben noch in dieser Sauna landete, in der bereits andere Frauen waren. Sofort begann ein Gespräch, weil hier immer sofort ein Gespräch beginnt. Und irgendwie kamen wir, kamen sie darauf, dass sie in diesem Land nicht alt werden möchten. Sie können es sich schlicht nicht leisten. Ich sass, wie sich herausstellen sollte, neben einer alleinerziehenden Mutter und einer Künstlerin, die beide sehr konkrete Pläne hatten, wo sie nach ihrer Pensionierung hinziehen werden, damit sie von ihrem Geld noch einigermaßen anständig leben können. Es sei für sie unmöglich, weiterhin in den USA zu leben, sollten sie einmal nicht mehr arbeiten können oder, noch viel schlimmer, krank werden im Alter. Das kann sich eigentlich niemand leisten, dafür muss man nicht alleinerziehend oder Künstlerin ohne festes Einkommen sein. Ich erschrak ziemlich über die Ernsthaftigkeit und auch Selbstverständlichkeit dieser Pläne. Es war nicht einfach dahingesagt. Diese Frauen würden ihr Leben nicht in den USA zu

Ende leben. Das wäre unbezahlbar für sie. Jetzt ist es leider nicht so, dass das Leben in jüngeren Jahren grundsätzlich bezahlbarer wäre. Die Ausbildung beispielsweise ist furchtbar teuer, vom Kindergarten bis zur Uni. Es gibt richtig gute öffentliche Schulen, das ist so, aber weil man diesen auch hier nach Wohnort zugeteilt wird, sind die Mieten im Radius eben dieser guten Schulen dermassen ins Unermessliche gestiegen, was den Vorteil der kostenlosen öffentlichen Schulen wieder relativiert. Wer es irgendwie hinkriegt, bezahlt eine Privatschule. Das sind Gebühren von mindestens 30 000 Dollar pro Kind und Jahr, wobei das eher noch günstig ist. Die Banken bieten dafür unüberschaubar viele Sorten von Ausbildungs-Sparfonds an. Weil öffentliche Schulen hin oder her, spätestens für die Uni wird es teuer. Unbezahlbar teuer. Bei den meisten reicht der monatliche Lohn allerdings nicht noch für das Sparen, sondern wird für den Alltag aufgebraucht. Dann muss man ein Darlehen aufnehmen für das Studium. So eines hat auch der Hockeycoach meines älteren Sohnes aufgenommen, damals. Er und seine Frau haben nun zwei Kinder und kauften sich gerade ein Haus. Bis dahin lebten sie in einer kleinen Wohnung, die 2500 Dollar kostete, er zahlte monatlich sein Darlehen fürs Studium ab (3000 Dollar) und hatte die weiteren, üblichen Nebenkosten zu zahlen. Wäre sein Schwiegervater nicht Anfang Jahr gestorben und hätte dieser ihnen nicht ziemlich viel Geld vermacht – es

wäre noch viele Jahre so weitergegangen. Wie soll ich es sagen: Nicht alle haben das Glück, so früh zu erben (was jetzt nicht falsch verstanden werden soll). Ich sehe hier fast nur Menschen, die sich im ständigen Rück- oder Vorauszahlungsmodus befinden. Das mag in der Schweiz nicht grundsätzlich anders sein, aber hier fehlt das Netz, das einen im allerletzten Moment noch auffängt, wenn es schief geht. Und das tut es ziemlich regelmässig. Denn wie das Beispiel des Coach zeigt, reicht ein normaler Lohn nicht weit. Dann kommen die Kreditkarten ins Spiel. Es braucht relativ viel Anstrengung, nicht gleich mehrere davon zu haben, die Werbung dafür ist aggressiv. Während Corona haben wir in der Schweiz gemerkt, was für existenzielle Folgen der Ausfall eines einzigen Monatslohnes hat. Hier ist das Alltag, auch ohne Pandemie. Die Menschen stehen in der Regel auf hauchdünnem Eis, was ihre finanzielle Sicherheit angeht, handeln sich von Monat zu Monat, von Kreditkartenlimit zum nächsten. Geht nur etwas schief, wird die Hausbesitzerin mit Job rasant schnell obdachlos. Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, so scheint mir, ist

ein Leben in finanzieller Sicherheit unbezahlbar.



Andrea Sprecher

Reklame



Bitte ausfüllen und  
einsenden an:  
P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,  
8004 Zürich oder  
aboservice@pszeitung.ch

## Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos
- Jahresabo für 230 Franken
- Gönner:innenabo ab 300 Franken
- Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname

---

Strasse / Postfach

---

PLZ / Ort

---